

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 101

FEBRUAR/MÄRZ 1993

50 Pfennig

Stahlkocher, Ruhrkumpel, ostdeutsche Metaller in Aufruhr

Bosse wollen Machtprobe Geben wir's ihnen!



Nils Foltynovicz/Ruhr-Nachrichten

Stahlarbeiter in Dortmund. Jeder ernsthafte Widerstand muß sich politisch gegen kapitalistische Herrschaft wenden

21. FEBRUAR — Es brennt an der Ruhr: Die Stahlbosse drohen damit, 30 000 Arbeitsplätze zu streichen und die Hochöfen in Dortmund oder Rheinhausen ganz und gar stillzulegen. Als Antwort darauf gehen täglich Tausende

von Metallarbeitern auf die Straße, von Eisenhüttenstadt bis Bayern. Die Welle von Demonstrationen könnte leicht zu einem Flächenbrand von Streiks und Betriebsbesetzungen

Fortgesetzt auf Seite 24

Am 60. Jahrestag von Hitlers Machtergreifung Berlin: Verteidigung von Immigranten-Wohnheim

Am Samstag, dem 30. Januar, beteiligten sich 100 000 Menschen an einer „Lichterkette“, deren Mittelpunkt das Brandenburger Tor war, Symbol des deutschen Nationalismus — am 60. Jahrestag von Hitlers Ernennung zum Reichskanzler durch Hindenburg, was direkt zum Zweiten Weltkrieg und zum Holocaust führte. Bürgerliche Politiker wiederholten ihre frommen Sprüche „Nie wieder“. Doch im letzten Jahr vermerkten offizielle Statistiken fast 2300 Terror-Überfälle von Rechten, über 30 Menschen wurden umgebracht. Nazi-Angriffe sind zu einer täglichen Erscheinung im ach-so-demokratischen Deutschland geworden. Und inzwischen sind die Bonner Politiker dabei — von den Freien Demokraten und den

Christlichen Demokraten bis zu den Sozialdemokraten —, das „Ausländer-raus“-Programm der Nazis durchzusetzen, indem sie das Asylrecht vernichten.

Gleichzeitig haben das Nazi-Pogrom in Rostock und die faschistischen Morde in Mölln eine Welle von Empörung ausgelöst, die sich auch gegen die „Heuchelei“ der bürgerlichen/reformistischen Flüchtlingsabschieber richtet — der „Skinheads mit Schlips und Scheitel“, wie Günter Grass Innenminister Seiters beschrieb. Und sie haben zu einem Anstieg von linken Jugendprotesten geführt. Unser Aufruf zu organisierten Klassenaktionen der Arbeiter gegen den mörderischen Nazi-Mob findet

Fortgesetzt auf Seite 16

Martha Phillips

10. März 1948 – 9. Februar 1992

Es ist ein Jahr her, daß unsere Genossin Martha Phillips in Moskau ermordet wurde. Zum Zeitpunkt ihres Todes war Martha in der ehemaligen Sowjetunion die sichtbarste Kämpferin für das Programm des trotzkistischen Internationalismus. Die Zerstörung des sowjetischen Arbeiterstaates und die damit verbundenen verheerenden Folgen der kapitalistischen Restauration schreien nach dem Aufbau einer Partei, die den dringend notwendigen Kampf gegen brudermörderischen Nationalismus, Chauvinismus und alle Formen scheinheiliger Frömmerei organisieren und führen kann. Martha Phillips widmete ihr Leben dem Aufbau einer solchen Partei, eines leninistischen Volkstribuns.

Unser Schmerz über den unersetzlichen Verlust einer geliebten Genossin und teuren Freundin wird verstärkt durch die Tatsache, daß wir immer noch nicht wissen, wer Martha ermordet hat, oder warum. Unsere Bemühungen, auf eine wirkliche Untersuchung dieser Tragödie zu drängen, stoßen weiterhin beim amerikanischen Konsulat auf Gleichgültigkeit und bei den Moskauer Behörden auf absichtliche Ausflüchte und Unfähigkeiten.

Wir ehren ihren Geist, ihre Beharrlichkeit, ihren Mut und ihre Intelligenz durch unsere Entschlossenheit, den Kampf fortzusetzen.



Workers Vanguard

Internationaler Frauentag

Lenin und Zetkin: Frauenbefreiung durch Kommunismus

Die Kommunistische Internationale nahm am III. Weltkongreß im Juli 1921 die „Thesen über die Methoden und Formen der Arbeit unter den Frauen der kommunistischen Parteien“ an. Dieses Dokument hat als umfassende Leitlinie für Kommunisten nichts an Gültigkeit verloren. Den Bericht dazu auf

dem III. Kongreß gab Clara Zetkin. Im Herbst 1920 fand das erste längere Gespräch zwischen Lenin und Zetkin über die Frauenfrage statt, in dem Lenin sich beschwerte, daß die Thesen zur Arbeit unter den Frauen seit dem II. Kongreß in einer Kommission stecken geblieben seien, aber unbedingt notwendig seien zum Aufbau einer internationalen Frauenbewegung. Nachstehend drucken wir einen Auszug aus Zetkins Erinnerungen an Lenin (erstmalig 1926 veröffentlicht) ab, in dem sie Lenins Konzept der Thesen wiedergibt.

Die Richtlinien müssen scharf zum Ausdruck bringen, daß wahre Frauenbefreiung nur möglich ist durch den Kommunismus. Der unlösbare Zusammenhang zwischen der sozialen und menschlichen Stellung der Frau und dem Privateigentum an den Produktionsmitteln ist stark herauszuarbeiten. Damit wird die feste, unverwischbare Trennungslinie gegen die Frauenrechtelei gezogen. Damit ist aber auch die Grundlage gegeben, die Frauenfrage als Teil der sozialen Frage, der Arbeiterfrage aufzufassen und als solche fest mit dem proletarischen Klassenkampf und der Revolution zu verbinden. Die kommunistische Frauenbewegung selbst muß Massenbewegung sein, ein Teil der allgemeinen Massenbewegung, nicht nur der Proletarier, sondern der Ausgebeuteten und Unterdrückten jeder Art, aller Opfer des Kapitalismus oder eines Herrschaftsverhältnisses. Darin liegt auch ihre Bedeutung für die Klassenkämpfe des Proletariats und für seine geschichtliche Schöpfung: die kommunistische Gesellschaft. ■

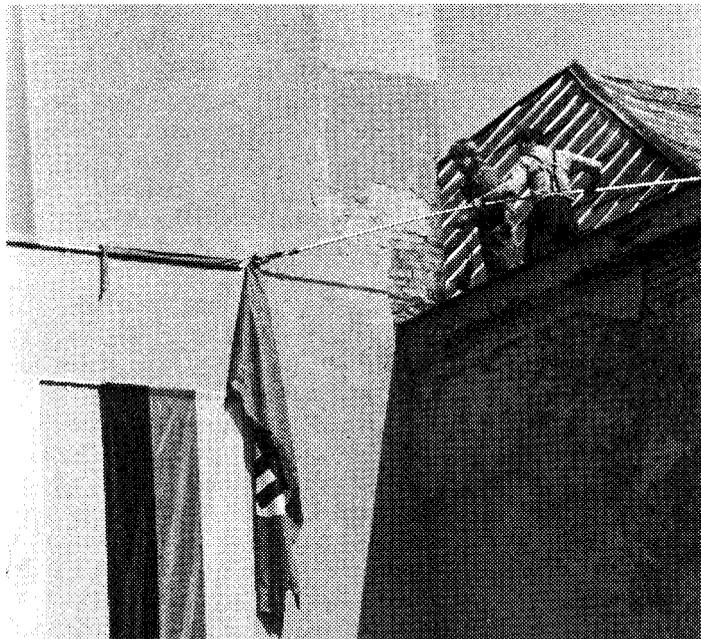
SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Renate Dahlhaus,
Toralf Endruweit, Reiner Hardy, Alexis Hecht,
Doris Kohn (herausgebende Redakteurin),
Bert Matthes (Produktion), Jan Norden,
Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Fred Zierenberg
VERTRIEB: Uwe Asanov

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11, Fax (040) 33 01 54
Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51, Fax (030) 491 14 79
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 491 45 48, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Spartakisten gewinnen vor Gericht!



Spartakist-Fotos

Prozeß des Vierten Reichs zum Schutz der Nazifahne geplatzt

Im Amtsgericht Berlin-Tiergarten wurde am 17. Februar der Prozeß gegen vier Anhänger der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) und des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV) eingestellt, die angeklagt waren, weil sie im Juni 1992 eine riesige Hakenkreuzfahne an der Pariser Galerie beim Brandenburger Tor herunterrissen. Die Akademie der Künste hatte bereits zuvor ihren Strafantrag zurückgezogen, da sie nicht zum Beschützer der Hakenkreuzfahne werden wollte.

An die hundert Demonstranten versammelten sich vor Prozeßbeginn vor dem Eingang des Gerichts und riefen: „Hakenkreuz heißt Völkermord, zerstört die Fahne an jedem Ort!“ und „Eins, zwei, drei, vier – keine Nazifahne hier; fünf,

sechs, sieben, acht – stoppt die Nazis durch Arbeitermacht!“ Vertreter der Jüdischen Gruppe Berlin, der PDS, der SDAJ, von KPD/ML sowie von der SpAD sprachen bei der vom KfsV organisierten Kundgebung, an der viele antifaschistische Jugendliche teilnahmen. Zahlreiche Unterstützungserklärungen wurden verlesen. Atiye Ekşi las ihre bewegende Erklärung; von Mumia Abu-Jamal, dem schwarzen politischen Gefangenen, Journalisten und ehemaligen Black Panther, wurde das Tonband aus der Todeszelle in Pennsylvania, USA, gespielt.

Nachfolgend drucken wir Auszüge der Stellungnahme ab, die die Spartakist-Sprecher Toralf Endrueweit im Namen aller Angeklagten vor Gericht verlas.

Erklärung vor Gericht

Das Hakenkreuz steht für die grausame Ermordung von sechs Millionen Juden, von Roma, Sinti, Homosexuellen und anderen Minderheiten, von Kommunisten und Antifaschisten. Wir haben es am 23. Juni 1992 abgerissen und verbrannt. Wir sind stolz darauf und werden es, wenn notwendig, wieder tun. Wir haben es im Namen aller Antifaschisten getan. Und um klarzustellen, wer dem Grauen des Dritten Reichs das Ende bereitet hat, hingen wir folgendes Transparent auf: „Die Rote Armee zerschlug das Nazi-Regime!“ Denn dieser Staat möchte die Erinnerung daran austilgen, möchte sich rächen an dem Sieg der Roten Armee und an der Enteignung der kapitalistischen Betriebe.

Wir wurden angeklagt wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung, und zwar von dem Gericht des deutschen Staates, in dem nie ein Nazi-Richter wegen seiner Verbrechen verurteilt wurde. Diesen Staat, der von derselben Bourgeoisie regiert wird, die 1933 die Nazis an die Macht brachte, nennen wir und viele andere das Vierte Reich. Und dieser Staat betreibt jetzt eine ungeheure He-

nenjagd gegen diejenigen, die für Antifaschismus gekämpft haben und kämpfen. Und die andere Seite dieser Münze ist die staatliche Repression gegen Flüchtlinge, eingewanderte Arbeiter und alle Immigranten – die staatliche Repression, die den täglichen und tödlichen Nazi-Terror entfacht hat.

Ich möchte betonen, daß wir Spartakisten von Anfang an klipp und klar „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung“ gesagt haben. Auf diesem Programm habe ich für die DDR-Volkskammer im März 1990 kandidiert. Heute geht unser Kampf gegen die verheerenden Folgen weiter.

Wir Spartakisten verteidigen die Opfer der alle Schichten der Gesellschaft betreffenden antikommunistischen Hexenjagd. Wir Trotzisten forderten die Freilassung Honeckers und fordern weiterhin die Freilassung der anderen Repräsentanten der DDR wie Keßler, Stoph und Mielke. Wir fordern die Zurücknahme der Entlassung von Rektor Fink. Wir verteidigen Christa Wolf, deren Name beschmutzt wird, weil sie sich nicht auf die westliche Kapitalkunst umschalten ließ. Wir fordern die Freilassung von Klaus Croissant, der eigentlich, und wir wären stolz darauf gewesen, hier auf der Anwaltsbank sitzen sollte. Aber er

Fortgesetzt auf Seite 4

Spartakisten gewinnen...

Fortsetzung von Seite 3

sitzt in Untersuchungshaft, weil er nicht widerrufen wollte seine Verteidigung der RAF gegen eben diesen verbrecherischen Staat. Wir verteidigen all jene, die verfolgt werden, weil sie die DDR verteidigten. Dort konnte kein Faschist Ministerpräsident oder Arbeitgeberpräsident werden, schon weil es keine Arbeitgeber gab. Die Kapitalisten waren dort enteignet. Und wir fordern die Freilassung aller Antifaschisten, die angeklagt sind, weil sie Faschisten um ihre Abzeichen, Jacken und Propaganda erleichtert haben und jetzt wegen angeblich politisch motivierten „Diebstahls“ in U-Haft sitzen.



Spartakist

Spartakisten und Gegner der Nazifahne feiern Sieg nach dem Prozeß. In der Mitte die vier Angeklagten

Ich bin stolz, daß Spartakisten die 250 000 starke Massenkundgebung in Treptow gegen die Nazi-Schändung des sowjetischen Ehrenmals und zur Verteidigung der Roten Armee am 3. Januar 1990 initiiert haben, die ein guter Beweis für die tiefe antifaschistische Gesinnung der Berliner Werktätigen ist.

Wir hätten heute gerne als Zeugin Käthe Niederkirchner benannt, sie hätte aus eigener Erfahrung bezeugen können, was das Hakenkreuz bedeutet, aber sie wurde von den Nazis hingerichtet. Heute soll ihr Name von der Adresse des zukünftigen Berliner Parlamentsgebäudes hingerichtet werden, obwohl eine Mehrheit der Ostberliner dagegen ist, aber die Politiker des Vierten Reichs wollen klarstellen, wo sie stehen. Dazu möchte ich bemerken, daß das Spartakisten-Denkmal und das für die Kämpfer der Novemberrevolution zusammen mit Lenin durch die Siegerjustiz jetzt zerstört werden sollen.

Das Gericht behauptet, wir hätten Gegenstände der Kunst rechtswidrig zerstört. Soll laut diesem Staat die Fahnen-Installation provozierende, schockierende Kunst sein? Nun, als Kommunist und aktiver Kunstliebhaber habe ich mich provozieren lassen und den Antifaschisten, Juden, Immigranten und Touristen beim Brandenburger Tor weitere Schrecken erspart.

Nach dem staatlich genehmigten Pogrom von Rostock,

nach dem faschistischen dreifachen Mord in Mölln, begangen von einem Nazi, der kurz vorher vom Staat freigelassen wurde – dann also im Dezember letzten Jahres erfremte sich dieser Staat, uns anzuklagen. Jetzt möchten das Gericht, Richter und Staatsanwalt vielleicht das Verfahren einstellen, da ein öffentliches Interesse nicht gegeben sei. Nun, wir denken, da das öffentliche Interesse an diesem Fall so groß ist, wie die zahlreichen Unterstützungsbekundungen beweisen, hat das Gericht gelinde gesagt Herzflattern bekommen, eine ungeheure Dummheit dieses Staates bis zum bitteren Ende durchzuziehen. Hier möchte ich sagen, daß wir allen herzlich danken, die uns in diesem Fall unterstützt haben.

Auf den Zuschauerbänken sitzen hier Vertreter von Tausenden Jugendlichen, deren Wunsch es ist, die Nazis zu bekämpfen. Euch sage ich, daß diese Anklage gegen uns eingeleitet wurde, ist noch ein Beweis dafür, daß die Forderung nach dem Verbot der Nazis nur ein impotenter Aufruf an dieses Gericht ist und uns einlullen soll. 1932 war die SA auch verboten, und trotzdem konnte Hitler an die Macht kommen. Letztlich wird die sozialistische Revolution den Nährboden für die Nazis beseitigen. Klassenkampf ist nötig, um den Kapitalismus, der bei jeder Krise die Faschisten wieder aus den Rattenlöchern holt, den Garaus zu machen. Der Stalinismus ist tot, der Kommunismus lebt. Der lähmende Einfluß der Sozialdemokratie muß zurückgedrängt werden. Wir brauchen eine internationale Partei, die das revolutionäre Programm in sich trägt und es mit der Bourgeoisie des Vierten Reichs und der ganzen Welt aufnehmen kann. Dafür kämpfen die Spartakisten.

Toralf Endruweit
17. Februar 1993

Auswahl erhaltener Protestbriefe

Wo bleibt die Gerechtigkeit?

Eine Hakenkreuzfahne darf nicht zur Schau gestellt werden, oder im anderen Sinne darf sie nicht als Kunstwerk flattern.

Alle Nazi-Fahnen drücken die Unmenschlichkeit aus. Sie sind die Verletzung der Würde der Menschlichkeit. Sie dienen zur Volkshetzerei.

Mein Sohn „Mete Ekşi“ wurde vor einem Jahr von rassistischen Jugendlichen totgeschlagen. Sie wurden noch nicht vor Gericht gestellt. Sie wurden auf freien Fuß gesetzt.

Aber diejenigen, die am 23.6.92 die Nazifahne zerstört haben, werden am 17.2.93 vor Gericht gestellt. Befinden wir uns immer noch im dritten Reich? Hat Deutschland diese Zeit noch nicht überwunden? Jeden Tag werden Ausländer-Asylantenwohnheime, Immigrantenwohnhäuser ... werden in Brand gelegt. Die Menschen unterschiedlicher Hautfarbe werden verletzt und getötet. Aber die Mörder werden entweder nicht bestraft oder bekommen sie ganz milde Strafen.

Ich frage Euch, wo die Gerechtigkeit bleibt!!!

Die Mutter von Mete Ekşi, Atiye Ekşi
Berlin, 6. Januar 1993

Mumia Abu-Jamal zum Herunterreißen der Nazifahne beim Brandenburger Tor

Mumia Abu-Jamal, ehemaliger Black Panther, anerkannter schwarzer Journalist und Unterstützer der radikalen schwarzen Organisation MOVE, ist heute wegen seiner politischen Überzeugungen in den USA mit Hinrichtung bedroht.

Wenn der Spruch „Ein Bild sagt mehr als tausend Worte“ auch nur teilweise stimmt, dann sagt das Bild, das ich gesehen habe, bestimmt zweitausend Worte. Das Bild vom Juni

1992, veröffentlicht im *Workers Vanguard*, zeigt einen Mann mit Hosenträgern, in seiner Hand eine lange Metallstange mit einem sensenförmigen Schneidegerät am Ende, der eine riesige Fahne von einem Träger an einer Mauer herunterreißt. Die Fahne? Ein dunkles Feld mit einem hellen Kreis in der Mitte, in dem ein massives schwarzes Hakenkreuz prangt, Symbol von Deutschlands faschistischer Vergangenheit, Symbol des Dritten Reichs, der Nazis. Die Mauer, wo sie aufgehängt wurde? Nicht in einer schmutzigen Bierhalle, wo sich Neonazis sammelten, sondern hoch auf einer Mauer in der Öffentlichkeit beim Brandenburger Tor, im Herzen Berlins, als Teil einer sogenannten historischen Ausstellung der Regierung.

Statt daß dem Mann mit den Hosenträgern – ein Anhänger der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands – öffentlich applaudiert wurde, fand er sich und mehrere Genossen der Spartakisten in Polizeihaft wieder, weil er es wagte, dem Symbol des Nazi-Terrors den Respekt zu verweigern. Er, Toralf Endruweit, Werner Brand, Ronald Krüger und Renate Dahlhaus wurden verhaftet, bis die spontane Demonstration, die von Menschen gebildet wurde,

die die Aktion gesehen hatten, darunter Anhängern der Kurdischen Arbeiterpartei, ihre sofortige Freilassung verlangten und erreichten. Jetzt wird Endruweit, Brand, Krüger und Dahlhaus der Prozeß gemacht durch einen Staat, der entschlossen zu sein scheint, das Hakenkreuz, Symbol des staatlichen Nazi-Terrors, zu ehren und zu rehabilitieren.

Das Bild von Endruweit, der das Nazi-Todessymbol herunterreißt, erinnerte an Bilder von schwarzen Kongreßabgeordneten in den Südstaaten, die in Dixie auf die Dächer von Parlamentsgebäuden stiegen und die Fahne der Konföderation, ein Symbol der Sklaverei, herunterrissen. Mehrere wurden verhaftet. So wie die kreuzförmigen Bänder und Sterne der Konföderierten-Fahne für Afrikanisch-Amerikaner beleidigend waren, so muß auch die Hakenkreuzfahne Juden, Roma, Kommunisten und Homosexuelle in Wut versetzen und beleidigen, denn sie alle wurden den Gaskammern und Todesöfen zugeführt, während die Nazi-fahne über dem Blutbad wehte.

Als die Unterstützer der Spartakisten die Nazifahne beim Brandenburger Tor in Berlin herunterrissen, they did
Fortgesetzt auf Seite 6

Pressespiegel: Spartakisten gewinnen Prozeß

Klassenjustiz von Spartakisten vorgeführt

■ Strafverfahren gegen vier Spartakisten, die eine Hakenkreuz-Fahne verbrannten, eingeleitet / Prozeß von den trotzkistischen Sektierern als Propagandabühne

die tageszeitung
18. Februar 1993

DER TAGESSPIEGEL
18. Februar 1993

GERICHTSREPORT: Verbrannte Nazi-Fahne – wessen Hausfrieden war gebrochen?

Verfahren gegen Spartakisten eingestellt

Neues Deutschland
18. Februar 1993

„Hakenkreuz keine Kunst“
BERLIN, 17. Februar (Reuter). Nach nur wenigen Minuten Prozeßdauer hat das Amtsgericht Berlin-Tiergarten ein Verfahren um eine verbrannte Hakenkreuzfahne wegen Geringfügigkeit eingestellt. Die Schuld der 19- bis 31jährigen,

»Kunstwerk« Hakenkreuzfahne
Verfahren gegen Spartakisten wurde eingestellt, aber die Nazifahne bleibt »Gegenstand der Kunst«

Berliner Zeitung
18. Februar 1993

Frankfurter Rundschau
18. Februar 1993

UJUNGE WELT
18. Feb. 1993

Proceso a cuatro espartaquistas por quitar bandera nazi

Hakenkreuz-Fahne brannte
Berlin – Nach nur wenigen Minuten

„Well sie die Hakenkreuz-Fahne verbrannten...“
Liebe Genossen! Zunächst möchte ich Euch meine Anerkennung für die gelungene neue Form der UZ aussprechen. Besonders über mehr Informationen

Proceso a cuatro espartaquistas por quitar bandera nazi

B.Z.
18. Februar 1993

UZ unsere zeit
22. Januar 1993

El Día
17. Februar 1993

unomásuno
17. Februar 1993

Nazifahne verbrannt – Prozeß eingestellt
Am 23. Juni in den Straßen der Stadt

BERLINER KURIER
18. Feb. 1993

Kreuz-„Kunst“ contra Antifa?
(BeLi) * Sie werden angeklagt, in Berlin

stische Organisation ein Angriff auf
unser alle ist u

A LA CORTE DEL DISTRITO DE TIERGARTEN, BERLIN:

BerlinerLinke:
Nr. 1, Januar 1993

Fahren-Prozeß eingestellt
Nach nur wenigen Minuten Prozeßdauer hat das Amtsgericht Tiergarten gestern das Verfahren um eine Fahne eingestellt.

DECLARACION DE ESTEBAN VOLKOV

Antifaschisten, Unterstützer der Spartakist-Arbeiterpartei, denen ab 17. Februar der Prozeß gemacht werden soll, weil sie eine als Kunstwerk deklarierte Nazi-Fahne von der Galerie am Pariser Platz heruntergeholt und hernach öffentlich verbrannt hatten.

BERLINER MORGENPOST
18. Februar 1993

NO ABRAMOS HERIDAS: VLADY

Wir sind stolz, die Nazi-Fahne heruntergerissen zu haben. Wir werden in

ten hatten im Sommer 1992 eine Hakenkreuzfahne, die die Ost-Tiergarten gestern das Verfahren um eine Fahne eingestellt. 31jährige der Sp gering anzusehen, sagte ein bruchs und Sachbeschädigung Amtsrichter. Die vier Angeklag-

hacia lo que significa la bandera nazi, símbolo del genocidio y el esclavismo. Estaban Volkov, Comandante, México. 18 de febrero de 1993

Spartakisten gewinnen...

Fortsetzung von Seite 5

the right thing (haben sie das Richtige getan), um so mehr noch, als sie den rassistischen Lappen verbrannten. Über ein Jahr lang, seit die Fahne heruntergerissen wurde, ist das frisch wiedervereinigte Deutschland in einer mörderischen Orgie von „Ausländerfeindlichkeit“ explodiert, und dem wird Hilfe und Vorschub geleistet, und es wird auch ausgeschlachtet, von prinzipienlosen Politikern der Mehrheitsparteien. Seit Reagan auf dem Friedhof von Bitburg vor der Waffen-SS salutierte, hat der in die Höhe schießende Neonazi- und Skinheadterror Deutschland erfaßt; ein Zeichen dafür war vor einigen Monaten die Ermordung einer türkischen Familie von langjährigen Immigranten durch einen Brandanschlag.

Zu dieser Stunde also, wo der Staat versucht, sein Viertes Reich zum Leben zu erwecken, müssen progressive Kräfte ihre parteiischen Interessen beiseitelegen und das Herunterreißen der rassistischen Fahne mit dem Hakenkreuz begrüßen. Fordert Freiheit und Einstellung der Anklage gegen Endruweit, Brand, Krüger und Dahlhaus. Unterstützt die angeklagten Spartakisten. Nieder mit der Fahne des Rassismus und der Reaktion. Aus der Todeszelle, hier spricht Mumia Abu-Jamal.

Huntingdon, Pennsylvania, 19. Januar 1993

Nie wieder Faschismus! Schluß mit Hakenkreuzen!

Mein Schutzhaftbefehl vom 4.6.40 (IVc2 Haft Nr. 2503/1273/40g.), unterschrieben von Heydrich, trägt das Siegel der Geheimen Staatspolizei mit dem verfluchten Hakenkreuzadler.

Mein Leidensweg über Konzentrationslager und Strafbataillon war begleitet von Hakenkreuzfahnen.

Und da wird mitten in Berlin, dort, wo vor 60 Jahren die braunen SA-Kolonnen mit Fackeln und Hakenkreuzfahnen durch das Brandenburger Tor marschierten, wieder im Rahmen eines sogenannten Kunstwerkes eine riesige Hakenkreuzfahne aufgezogen.

Ich begreife den ehrlichen Zorn der vier jungen Leute, die diese Fahne herunterholten und verbrannten. Toralf Endruweit und seine drei Kameraden sollen sich nun im Februar 1993 vor dem Amtsgericht Tiergarten dafür als Angeklagte verantworten.

Dagegen erhebe ich mit dieser Erklärung meinen Protest!

Das einzige Hakenkreuz, welches mir gefällt, ist das zertretene unter den Stiefeln des Sowjetsoldaten mit dem Kind auf dem Arm auf dem Ehrenmal für die gefallenen sowjetischen Helden im Treptower Park.

Karl Kielhorn, PDS, Lagergemeinschaft Dachau
Berlin, 7. Januar 1993

Konkreter Akt der Gerechtigkeit

Die Jüdische Gemeinde Mailand bezeugt ihre geistige Nähe und ihr Verständnis mit denjenigen, die für ihre absolut demokratische und antinazistische Anschauung kriminali-

Siege gegen das Gericht des Vierten Reichs kosten viel Geld. Jetzt zeigt Eure Unterstützung für die Zerstörung der Fahne des Nazivölkermords beim Brandenburger Tor. Spendet auf das KfsV-Konto: Wolf Schröder-Barkhausen, Komitee für soziale Verteidigung, Commerzbank Berlin, Konto 310 350 400, BLZ 100 400 00, Stichwort „Keine Nazifahne“.

siert worden sind, als sie das Symbol eines fehlgeleiteten Systems zerrissen haben, ein Symbol, das beängstigende Erinnerungen unter denjenigen hervorruft, die seinen Verfolgungen ausgesetzt waren.

Das jüdische Volk, welches als erstes von allen unter der Nazi-Verfolgung gelitten hat, hofft leidenschaftlich, daß Deutschland sich von jeglichem Erbe der tragischen Vergangenheit befreien kann und mit einem konkreten Akt der Gerechtigkeit ein aufrichtiges antinazistisches und demokratisches Bewußtsein ausdrückt.

Der Oberrabbiner
Professor Dr. Giuseppe Laras
Mailand, 10. Februar 1993

Betreff: Anklage wegen Verbrennung einer Nazifahne

Es ist bezeichnend für den Zustand dieses Landes, wenn einerseits Menschen unter Anklage gestellt werden, die Naziembleme zerstören, während andererseits Ermittlungsverfahren gegen die Täter eingestellt werden.

So wurde erst vor ein paar Tagen das Ermittlungsverfahren gegen Ruth Kellermann eingestellt, die in der Zeit der Hakenkreuzfahne die Rassendiagnostischen Gutachten über Zigeuner erarbeitet hatte und damit mitbeteiligt war an der systematischen Ermordung vieler tausend Roma und Cinti.

Unter diesen Umständen ist es eine Ehre, in diesem Land unter Anklage zu stehen!

R. J. Kawczynski
Vorsitzender der Rom & Cinti Union
Hamburg, 15. Februar 1993

Gratulation für die Beseitigung der Hakenkreuzfahne

Der Arzt Henry Morgentaler, bekannt für seinen mutigen Kampf für Frauenrechte und das Recht auf Abtreibung, steht in vorderster Reihe gegen soziale Reaktion in Kanada.

Als ein Überlebender des Nazi-Holocaust gratuliere ich den Unterstützern der Spartakist-Arbeiterpartei und des Komitees für soziale Verteidigung dazu, daß sie die Hakenkreuzfahne in der Nähe des Brandenburger Tors beseitigt haben.

Die Hakenkreuzfahne ist kein „Gegenstand der Kunst“. Sie ist das mächtigste und bekannteste Symbol des Hasses in der Geschichte der Menschheit. Die Anklagen gegen die vier Personen, die diese widerwärtige Fahne beseitigt haben, müssen fallengelassen werden. Diese Menschen sind nicht nur mutig, sondern repräsentieren auch die Mehrheit; demokratische, frei denkende Personen, die den Aufstieg des Neonazismus nicht dulden werden. Die Geschichte von Haß, Vorurteilen und Ungerechtigkeit darf sich nicht wiederholen.

Dr. Henry Morgentaler
Toronto, Kanada, 16. Februar 1993

Symbol von Völkermord und Sklaverei

Esteban Volkov, der Enkel von Leo Trotzki, verwaltet das Trotzki-Museum in Mexiko.

Es ist unfassbar, daß es für ein Verbrechen gehalten wird, demonstrativ die Fahne einer der blutigsten Diktaturen zu entfernen und damit den Versuch, eines der blutigsten und ungerechtesten Regime wiederzubeleben. Jede Person, die für Menschenrechte und sozialen Fortschritt ist, muß gegen den Typ von Atavismus und historischem Rückschritt sein, dessen Zeichen die Nazifahne ist, das Symbol von Völkermord und Sklaverei.

Esteban Volkov
Coyoacán, Mexiko, 16. Februar 1993

Ehrt die Antifaschisten Kerstin, Mario und Olaf! Stoppt die Nazis durch Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung!

Nachfolgendes SpAD-Flugblatt wurde am 21. Februar bei der von der SDAJ initiierten Berliner Demo verteilt, an der sich die Spartakisten mit einem Block beteiligten. Zuvor waren wir in Suhl und bei den Protesten für Silvio und Kerstin in Berlin.

Die Nazis sind kaltblütige Mörder. Nach den rassistischen Pogromen in Rostock und den Nazi-Morden in Mölln weist alles darauf hin, daß SDAJ-Mitglied Olaf Heydenbluth aus Suhl, die Freiburger Aktivistin Kerstin Winter und der Mühlhausener Linke Mario Jüdecke zusammen mit Silvio Meyer und Mete Ekşi zur wachsenden Liste ermordeter Linker und Antifaschisten hinzugefügt werden müssen. Ihren Genossen, Freunden und Familien drücken wir unser tiefstes Beileid aus. Wir protestieren gegen die finstere Kampagne des Staats, die Opfer selbst, ihre Freunde oder im Fall Kerstin Winter die RIM zu beschuldigen.

Damit im Zusammenhang steht der brutale Bullenüberfall auf die Teilnehmer der von der SDAJ aufgerufenen Protestkundgebung für Olaf am 13. Februar in Suhl. Es erinnerte an die brutalen Überfälle auf ANC-Trauermärsche im rassistischen Südafrika. Dieser selbsternannte Nachfolgestaat des Dritten Reichs unternimmt alles, um mit seiner Justiz und Polizei Nazimorde zu vertuschen und die Täter zu schützen. Er beschützte sogar eine riesige Hakenkreuzfahne beim Brandenburger Tor als einen „Gegenstand der Kunst“ und klagte vier Spartakisten an, weil sie diese zerstörten. Dank breiter Unterstützung haben wir die Anklage zurückgeschlagen und einen Sieg für alle Antifaschisten gewonnen. Jetzt klagt die Berliner „Justiz“ die türkischen Freunde von Mete Ekşi für das „Verbrechen“ an, einen faschistischen Überfall überlebt zu haben.

An diese Staatsorgane zu appellieren, wie mit der DKP-Forderung nach einem „Verbot“ oder der „Auflösung“ der Nazis, ist nicht nur „illusorisch“, wie im Aufruf zur Berliner Demo gesagt wird – sondern tödlich, wie Rostock zeigt. Aber dieser Aufruf, der von SDAJ, PDS, Jusos u. a. unterschrieben ist, ruft auch zur „Auflösung und Zerschlagung“ der Nazis auf. Entweder – oder; zumindest ist dies ein verrotteter Kompromiß mit denjenigen, die Illusionen in

den rassistischen Staat verbreiten und sogar, wie die PDS, mehr Bullen fordern.

Nazi-Terror und Mord wurden von der Bonner Allparteienkoalition vorbereitet und angeheizt, die jetzt mit der Abschaffung des Asylrechts das Programm der Faschisten durchführt. Und sie wurden auch durch die von der SPD angeführte antikommunistische Hexenjagd geschürt, bei der die PDS mitmacht, obwohl sie deren Hauptziel ist.

Von Anfang an sagte die Spartakist-Arbeiterpartei „Nein“ zur kapitalistischen Wiedervereinigung, die den Boden für Nazi-Terror bereitete. Wir Trotzisten haben die Hexenjagd bekämpft und fordern Freiheit für alle Repräsentanten der DDR, die heute Opfer der Rachejustiz des Vierten Reichs sind. Wir unterstützen die Forderung der SDAJ nach vollständiger Untersuchung des Todes von Olaf Heydenbluth.

- Freiheit für alle Antifaschisten, weg mit den Anklagen gegen die Freunde von Mete Ekşi!
- Volle Staatsbürgerrechte für Asylsuchende, Immigranten und jeden, der es hierher geschafft hat!
- Für Arbeiterverteidigungsgruppen, um die Immigranten-Wohnheime zu schützen!

Während am 30. Januar in Berlin eine Lichterkette „das Ansehen Deutschlands“ aufpolierte, organisierten die Spartakisten dagegen zusammen mit über hundert antifaschistischen Jugendlichen die Verteidigung eines Immigranten-Wohnheims in Berlin, zu der zahlreiche Gewerkschafter aufgerufen haben. Nur die soziale Macht der organisierten Arbeiterklasse, geeint nach dem Motto: „getrennt marschieren, vereint schlagen“, hat in Einheitsfrontaktionen die Kraft, den Naziterror zu stoppen. Aber man kann den Faschismus nicht besiegen, wenn man nicht den Boden zerstört, der ihn hervorbringt. Deshalb kämpft die SpAD dafür, Arbeiter, Immigranten, Flüchtlinge und Jugendliche zu mobilisieren für den Aufbau einer revolutionären Partei in der Tradition von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Lenin und Trotzki, die als Volkstribun für alle Unterdrückten kämpft, um die sozialistische Revolution zum Sieg zu führen und die Nazi-Banden ein für alle Mal zu zerschlagen. ■

Suhl, 13. Februar – Protestkundgebung für Olaf. Die Polizei schloß sofort die Ermittlungen über seinen Tod ab und ging dann brutal gegen die Trauerdemonstration vor



Dirk Schubert

junger kommunistischer Kämpfer

Auf der Gedenkstätte der Sozialisten in Ostberlin legten Mitglieder und Unterstützer der Spartakist-Arbeiterpartei Mitte Januar am Tag von Lenin, Luxemburg und Liebknecht zwei Kränze nieder. Wir ehrten unseren verstorbenen Genossen Dirk Schubert und unsere gefallene Genossin Martha Phillips, die vor einem Jahr an vorderster Front in Moskau ermordet wurde, im Kampf, Lenins und Trotzki's Kommunismus im Land der Oktoberrevolution wieder zu verwurzeln. Vor den Gräbern von Rosa und Karl, im Schatten des Gedenksteins mit der Inschrift „Die Toten mahnen uns“, sagte Spartakist-Mitglied Wolf Stern:

„Wir trauern um unseren Genossen Dirk, der viel zu früh, erst 26 Jahre alt, im letzten Dezember tragisch verstarb. Wir können es noch gar nicht fassen und sehen sein Bild, als wäre er noch unter uns. Wir werden ihn als einen kämpferischen und aufrichtigen Genossen in Erinnerung behalten.

Dirk war ein aktives and engagiertes Mitglied der Spartakist-Gruppen, die in der beginnenden politischen Revolution von 1989/90 von der Trotzki'schen Liga Deutschlands aufgebaut wurden. Im März 1990 wurde er dann Mitglied der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands und der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten).

Er war wißbegierig und voller Enthusiasmus, sein neues Wissen anderen weiterzugeben. Er scheute keine Auseinandersetzung und kämpfte für seine Ideen. Dirk träumte von einer besseren Welt, war auch ein Romantiker. Er las gerne und liebte vor allem Balzac, Stendhal und Heinrich Heine.“

Genossen und Freunde von Dirk aus Deutschland und aus aller Welt haben Briefe geschickt, um ihren Schock, ihre Trauer und ihren Respekt für ihn auszudrücken. Aus Polen erhielten wir einen Brief von der Spartakusowska Grupa Polski (polnische Sektion der IKL) mit den Worten:

„Dirk war eines der ersten Mitglieder aus der DDR. Er entwickelte sich rasch und wurde ein zentrales Mitglied der SpAD-Versandabteilung, eine Funktion, die er mit Hingabe ausübte. Er hatte große Lust auf Wissensbildung und war ein Schüler der Französischen Revolution.“

Aus Schottland schrieb unsere Genossin Eibhlin:

„Dirk schloß sich unserer Partei an wegen seines Hasses auf die Konterrevolution und den ganzen Greuel, den der Kapitalismus mit sich bringt. Sein Tod kommt zu einer



Zeit, da die Notwendigkeit scharf gestellt ist, gegen die Verwüstungen der Konterrevolution zu kämpfen, und am dringendsten gegen die faschistische Gefahr. Tatsächlich ist die SpAD in Deutschland heute die einzige Gruppe mit einer Perspektive, wie Faschisten ernsthaft bekämpft werden können, und sie war die einzige Gruppe, die gegen die kapitalistische Wiedervereinigung kämpfte.“

Esther aus Paris schrieb:

„Ich möchte im Namen der Ligue trotskyste de France unsere Trauer über den Verlust von einem un-

serer ersten DDR-Unterstützer ausdrücken. Als ich 1990 eintrat, war es einer meiner ersten Wünsche, nach Deutschland zu reisen, eine Reise, die Lutte Ouvrière damals mit ihrer nationalen Borniertheit entmutigte. Dort, während unserer [Bundestags-] Wahlkampagne November 1990, arbeitete ich in einem Team zusammen mit Dirk und Jana, beide aus der DDR, und diese Erfahrung ist mir noch gut in Erinnerung.“

Und in einem Brief aus Berlin schrieb uns Sven P.:

„Zuerst möchte ich Euch sagen, wie leid mir der Tod von Dirk tut. Als ich noch Mitglied bei Euch war, hatten wir ein freundschaftliches Verhältnis aufgebaut. Auch nach meinem Ausscheiden behielten wir Kontakt und führten einige Diskussionen. Wenn ich auch viele seiner Thesen ablehnte, hatte ich dennoch immer das Gefühl, daß er ein politisch sehr interessierter und denkender Kämpfer für den Sozialismus war.“

Wer war Dirk Schubert?

Dirk wurde am 22. Februar 1966 in Schwerin geboren und besuchte die 7. Polytechnische Oberschule in Berlin-Marzahn. Er war ein gelernter Elektromonteur, der sich auf die Wartung und Instandhaltung von Schleifmaschinen spezialisierte. Eine Genossin bemerkte:

„Er hatte Epilepsie. Diese Krankheit ist in jedem Land sehr stigmatisiert. Während er in der DDR zwar in einer gewissen Weise geschützt war, bekam er das Gefühl vermittelt, daß er anders war. Und dann, mit der Konterrevolution, wurden die ökonomischen und sozialen Probleme und alles andere enorm verschärft. Und auf einer gewissen Ebene trifft dies für alle zu. Was wir innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft für Menschen tun können, ist begrenzt. Das heißt, daß wir versuchen müssen, unser Allerbestes zu tun. So können wir eine Partei haben, die den Kapitalismus stürzen wird.“

Dirks Leben und Tod spiegeln die ganze Unmenschlichkeit einer Gesellschaft wider, deren Hauptprinzip Profit ist. Der Anschluß stürzte Millionen Menschen der ehemaligen DDR in das Elend der Arbeitslosigkeit. Obwohl Dirk seit seiner Kindheit keine Anfälle mehr erlitt, wurde er von der Konterrevolution besonders schwer getroffen, wie Genossin Barbara aus Halle betonte:

„... gerade wegen seiner Krankheit wurde Dirk, der in der DDR einen guten, qualifizierten und sicheren Arbeitsplatz hatte, von den arroganten Herrschern des Vierten Reichs von vornherein zur Arbeitslosigkeit verdammt und gedemütigt. Sie glaubten, aus ihm nicht genug Profit auspressen zu können. Das war eine sehr, sehr schlimme Erfahrung für ihn, trotzdem hat er dagegen angekämpft.“

Trotz seiner Krankheit war Dirk in der Partei für seinen Enthusiasmus und Optimismus, seinen Humor und seine Hartnäckigkeit bekannt. Genossin Renate Dahlhaus erzählte:

„Dirk hat immer Kämpfe geliebt. Er hat immer alles auf den Tisch gebracht, und wir haben auch damit ein Riesen-Potential für Kämpfe in der Partei verloren.“

Genosse Fred Zierenberg erinnerte sich, wie man Dirks Entschlossenheit zu spüren bekam, als er in der Volkskammer-Wahlkommission 1990 für das Recht unserer Partei kämpfte, an der Wahl unter der Losung „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung“ teilzunehmen: „Er hat einen Riesenstunk auf dieser lächerlichen Wahlbehinderungskommission gemacht, um das Recht unserer Partei durchzusetzen.“

Unsere polnischen Genossen erzählten: „Er mochte wirklich den *Spartakist*-Artikel ‚Wessen Kreatur ist Helmut Kohl‘ [*Spartakist* Nr. 73, 3. Juli 1990]. Wir erinnern uns, daß er immer einer der besten Zeitungsverkäufer war. Mit jener Ausgabe übertraf er sich. Wir erinnern uns an sein triumphales Gelächter, als er die Fernsehbilder von Kohl sah, der in Halle mit Gemüse beworfen wurde.“ Dirks humorvolle Reaktion auf die *Spartakist*-Überschrift „Wozu PDS?“ war: „Wozu PDS!“

Wir verlieren einen jungen Kommunisten

Vor allen Dingen war Dirk ein Kämpfer gegen alle Formen der Unterdrückung – Frauenunterdrückung, Rassismus, Imperialismus, die Unterdrückung der Jugend. In Lenins Worten war er ein wahrer „Volkstribun“. In seiner Eintrittserklärung schrieb er:

„Ebenso müssen die Rechte der Frauen, der Jugend sowie der Rentner beibehalten werden. Eines der elementarsten Rechte der Frau muß das Recht auf Abtreibung sein. Ebenso müssen die Frauen auch weiterhin Schwangerschafts- und Mütterurlaub haben... Die Jugend muß in Zukunft ihre gesellschaftlichen Einrichtungen bewahren und ausbauen und auf eine sozialistische Entwicklung vorbereitet werden und zu deren Gestaltung beitragen... Für die Rentner muß in Zukunft wesentlich mehr getan werden. Die Gelder für die Renten müssen dieselbe Höhe erreichen wie die Gelder der Arbeiter, und für eine gute Betreuung muß gesorgt werden.“

Dirk schrieb zwei Artikel für die *Arbeiterpressekorrespondenz* über seinen Betrieb, wo er seine Empörung über die Frauenunterdrückung und den Rassismus zum Ausdruck brachte. In „Berlin: Chauvinismus des Betriebsdirektors von BWF“ (*Spartakist* Nr. 71, 22. Mai 1990) rief er:

„Unser Vorschlag: Die Arbeiter des Betriebes bilden ein Fabrikkomitee, welches die Leitung des Betriebes übernimmt und einen Plan entwickelt zur verbesserten Nutzung des Betriebes. Und daß Sie, Herr Dellheim, und Ihre Direktoren, welche seit Jahren ihre Unfähigkeit

unter Beweis gestellt haben und es kaum unter der Marktwirtschaft lernen werden, ‚rentabel‘ zu wirtschaften, *wegrationalisiert werden*, anstatt der vietnamesischen Arbeiter und später der deutschen Arbeiter.“

Als eine kleine kämpfende Propaganda- und Kaderorganisation sind unsere Mitglieder unsere wertvollste Ressource. Und da kein Mensch als Kommunist geboren wird,



Spartakist

Genosse Dirk auf der Berliner Frauendemo am 16. Juni 1990 gegen die Einführung des §218

sondern im Kampf geschmiedet wird, ist das Tragische an Dirks jungem Tod die Tatsache, daß er nicht genügend Zeit hatte, seine kommunistischen Ideale durch die notwendigen politischen Kämpfe sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei zu verfestigen und zu vertiefen. Wenn er auch nicht immer Recht hatte, bereicherten die Auseinandersetzungen, die er anfang, die Partei, besonders wenn sie von anderen fortgeführt wurden.

Unser Genosse Dirk Schubert ist tot, aber die Ideale, für die er kämpfte, leben fort! Und sie werden für eine neue Generation von Jugendlichen in Deutschland und in jedem Land das Leuchtfeuer sein, das den Weg aus dem Elend, der Unterdrückung, der imperialistischen Kriegsgefahr und dem wiederaufsteigenden Faschismus und Chauvinismus weist. Die bessere Welt, von der Dirk träumte, wird die sozialistische Gesellschaft sein, in der „jeder Mensch seinen Interessen nachgehen kann“, wie er es ausdrückte. Da stand er in der marxistischen Tradition, die lehrt, daß:

„... in der kommunistischen Gesellschaft, wo Jeder nicht einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeit hat, sondern sich in jedem beliebigen Zweige ausbilden kann, die Gesellschaft die allgemeine Produktion regelt und mir eben dadurch möglich macht, heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden.“ (Karl Marx und Friedrich Engels, *Die deutsche Ideologie*, 1845/46) ■

Der Rostocker Pogrom-Pakt: Seiters, Polizei und Nazis Hand in Hand

Jetzt wissen es alle: Beim Rostocker Pogrom im August letzten Jahres gab es ein direktes Abkommen zwischen „Störern“, d. h. faschistischen Mordbrennern, und der Polizei, der Staatsanwaltschaft und der Regierung von Mecklenburg-Vorpommern. Mehrere Hundertschaften Polizei zogen sich zurück und machten den Weg frei, als die Nazis das Immigranten-Wohnheim in Brand setzten. 115 vietnamesische Arbeiter, Frauen und Kinder konnten nur mit knapper Not ihr Leben retten.

Der Pakt stand unter Oberaufsicht von Bundesinnenminister Seiters, der extra aus Bonn angereist war. Heute will sich keiner daran erinnern. Unter seiner Schirmherrschaft hatten die Bullen die Forderung der Nazis erfüllt und die Flüchtlinge, hauptsächlich Roma, abtransportiert. „Die Jugendlichen sollten ... sich davon überzeugen können, daß das Gebäude leer ist“, beschreibt der *Spiegel* (8. Februar) den mörderischen Handel. Am Beispiel von Rostock kann man klar sehen, was die Rolle von Polizei und Armee im bürgerlichen Staat ist.

In Rostock gab es, wie wir damals geschrieben haben, ein *staatlich genehmigtes Pogrom*. Zuvor mußten in Lichtenhagen monatelang über 1300 Asylsuchende auf engstem Raum und unter unmenschlichen Bedingungen zusammengepfercht vor der „ZAST“ kampieren. Wir schrieben im *Spartakist* Nr. 97 (September 1992): „Eine Bonner Allparteienkoalition hat die Hysterie über eine ‚Asylantenflut‘ aufgepeitscht und die Pogromwelle angefacht, um das Recht auf Asyl loszuwerden... Die rassistische Front reicht von den bürgerlichen Parteien CDU und FDP bis zur SPD und den Grünen, die für ‚Quoten‘ sind, und den Ex-Stalinisten und Mächtgern-Sozialdemokraten der PDS, die nach mehr Polizei schreien.“

Jetzt will die SPD den Abgang des CDU-Skandalministers Kupfer heuchlerisch dazu ausschlichten, wahltaktisch Punkte gegen die CDU zu machen. Doch SPD-geführte Länder sind seit langem berüchtigt für ihre Abschiebep Praxis. Während die Rostocker Pogrome wüteten, gab Engholm mit den Petersberger Beschlüssen grünes Licht für die Abschaffung des Asylrechts, und zur gleichen Zeit hetzte der Rostocker SPD-Innensenator Magdanz über „organisierten Nachschub“ von Flüchtlingen, der „das Faß zum Überlaufen gebracht“ habe.

Zusammen mit der SPD fordert die PDS jetzt Neuwah-

len und klagt über das „Polizeidesaster“ in Rostock und eine „immer unerträglichere Handlungsunfähigkeit“ der Landesregierung. So kann wirklich nur reden, wem der Reformismus ins Gehirn gespuckt hat, wer sich mit dem „deutschen Rechtsstaat“ und seinen Bullen identifiziert. Man erinnert sich, wie ND einen Tag nach dem Pogrom seine Leserbriefspalte für eine Hetztirade über „kriminelle Handlungen“ von Sinti und Roma zur Verfügung stellte.

Als „handlungsfähig“ hat sich inzwischen wieder Bundesinnenminister Seiters erwiesen, der den Rostocker Pakt jetzt auf breiter Basis gen Osten ausweitet – diesmal gegen Bezahlung. 1600 „Hilfspolizisten“ sollen in der Tradition der Freikorps ab März an der Grenze zu Polen Flüchtlinge jagen. Die arrogante Bourgeoisie des wiedervereinigten Vierten Reichs möchte nach der Konterrevolution in Osteuropa diese Länder wieder als Protektorate und große Auffanglager benutzen, zum Beispiel für Roma und Sinti, die vor den staatlich organisierten Pogromen in Rumänien fliehen.

In Berlin gibt es bereits seit 1961 eine solche „Freiwillige Polizei-Reserve“ (FPR), die von Willy Brandt als antikomunistischer Stoßtrupp gegen die DDR gegründet wurde, als Antwort auf die DDR-Betriebskampfgruppen. Diese paramilitärischen, von Nazis durchdrungenen Truppen (bis jetzt spricht man schon von über 800 Nazis, Kriminellen und Vergewaltigern) werden heute gegen Flüchtlingsheime und linke Demonstranten eingesetzt. Als nach Bekanntwerden eines Nazi-Waffendeals in der FPR die Forderung nach deren Auflösung laut wurde, erklärte SPD-Innenexperte Lorenz zynisch, in Berlin seien „eine ganze Reihe von Aufgaben ohne die freiwilligen Polizisten kaum mehr zu erfüllen“.

Viele Linke fordern ein Verbot der Faschisten. Aber man muß schon ein mit Blindheit geschlagener Reformist sein, um heute noch an den bürgerlichen Staat Forderungen nach einem „Verbot“ der Nazis aufzustellen, das er im übrigen nur gegen Linke, Immigranten und Streikende verwendet. Was die Nazis und ihren staatlich abgesetzten Terror stoppen kann, ist die *organisierte Macht der Arbeiterbewegung*. Die vom Komitee für soziale Verteidigung und der SpAD organisierte Wohnheimverteidigung am 30. Januar in Berlin hat dafür ein Beispiel gegeben. Nieder mit FPR und Seiters Bürgerwehren! Für Arbeiterverteidigung von Immigrantenwohnheimen! Volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben! ■

Schulungsreihe der SpAD: ABC des Marxismus

Linkstreff, Weddingstraße 6 (U-Bhf. Nauener Platz), jeden zweiten Donnerstag, 18.00 Uhr

4. März: Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

Lektüre: Engels, *Ursprung der Familie*, Kapitel 9; Trotzki, *Verratene Revolution*, Kapitel 7; „Arbeiter in Ost und West: Kämpft für Rechte der Frauen!“, *Spartakist* Nr. 100

18. März: Wie der sowjetische Arbeiterstaat erwürgt wurde

Lektüre: Trotzki, *Verratene Revolution*, Kapitel 3, 5, 9 und 11; „Wie der sowjetische Arbeiterstaat erwürgt wurde“, *Spartakist* Nr. 100

1. April: Brecht mit der Sozialdemokratie!

Für eine Arbeiterregierung!

Lektüre: „Stürzt die Kohl-Regierung durch Arbeiteraktion!“, *Spartakist* Nr. 96; Lenin, *Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky*, Kapitel „Bürgerliche und proletarische Demokratie“, Kapitel „Kann es Gleichheit zwischen dem Ausgebeuteten und dem Ausbeuter geben?“; Trotzki, „Die Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niedergangs“

15. April: Die permanente Revolution

Lektüre: Trotzki, *Drei Konzeptionen der Russischen Revolution*; „Verteidigt den Irak! Für die Niederlage der US/NATO-Imperialisten!“, *Spartakist* Nr. 82; „Viertes Reich: Pate des Völkermords an den Kurden“, *Spartakist* Nr. 95

29. April: Warum eine leninistische Avantgardepartei notwendig ist

Lektüre: Lenin, *Was tun?*, Kapitel 2 und 4; „Schlüssel zur Revolution: Bolschewistische Führung“, *Spartakist* Nr. 13 (deutsche Ausgabe)

Für weitere Informationen:

Telefon: (030) 4 92 78 66

Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51

Kapitalistische Wiedervereinigung führt zur Wirtschaftskrise



Ali Paczensky

Ein halbes Jahr nach der Wiedervereinigung kam es zu Massenprotesten ostdeutscher Arbeiter – die SpAD sagte von Anfang an „Nein zum kapitalistischen Anschluß!“

Deutschland desorganisiert Europa

Die Bilder von Nazi-Skinheads, die Brandanschläge auf türkische Familien verüben und „Heil Hitler!“ schreien, haben in der ganzen Welt Angst und Schrecken und Empörung hervorgerufen. Das Wiederaufleben von faschistischem

Teil eins von zwei

Terror unterstreicht die Kontinuität vom Dritten zum Vierten Reich des deutschen Imperialismus. Als 1990 die zerfallende stalinistische Sowjet-Bürokratie unter Gorbatschow die Deutsche Demokratische Republik aufgab, gelang es der deutschen Bourgeoisie, die Niederlage wettzumachen, die ihr die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg zugefügt hatte. Die Herren des Vierten Reichs glaubten, sie würden jetzt mit wirtschaftlichen Mitteln erreichen, was Hitler mit militärischen Mitteln vergeblich zu erreichen versucht hatte. Ihnen schwebte ein D-Mark-Imperium vor, das von der iberischen Halbinsel bis nach Sibirien reicht.

Während das Nazi-Regime die deutsche Arbeiterklasse durch einen totalitären Polizeistaat zerschlagen und terrorisiert hatte, versprachen die Herrscher vom kapitalistischen Nachfolgestaat des Hitler-Reichs, das Nachkriegs-„Modell Deutschland“ der Klassenkollaboration aufrechtzuerhalten, „soziale Marktwirtschaft“ genannt. Keinem werde es infolge der Wiedervereinigung schlechter gehen, erklärte Helmut Kohl, als er Hitlers alten Titel „Kanzler des deutschen Volkes“ annahm. In Westdeutschland werde es keine Steuererhöhungen geben, gleichzeitig erzählte man den Bürgern der ehemaligen DDR, sie würden den westlichen Lebensstandard in fünf Jahren erreichen. Doch kaum ein Jahr, nachdem das Vierte Reich die DDR-Wahlen vom März 1990 gewonnen hatte, gingen Zehntausende von Ostdeutschen in Leipzig auf die Straße und protestierten wütend gegen den „Lügenkanzler“.

In Wirklichkeit führte der kapitalistische Anschluß zur Demontage der ostdeutschen Industrie, und die Hälfte der

Arbeitskräfte wurde entlassen. Kohl sprach von „kreativer Zerstörung“, in Anlehnung an Ludwig Erhard (der diese Phrase dem Wirtschaftswissenschaftler Joseph Schumpeter entliehen hat), den Architekten des deutschen „Wirtschaftswunders“ nach dem Kriege. Aber dies ist reine Zerstörung. Die Illusionen der ostdeutschen Werktätigen, daß sie im Nu das „gute Leben“ des Westens erreichen würden, wurden schnell und brutal zerstört. Im Frühjahr 1991 wurde Kohl von wütenden Demonstranten mit Eiern beworfen, als er im ostdeutschen Industriezentrum Halle zu reden versuchte. Um weit schwerere soziale Unruhen zu verhindern, mußte Bonn enorme Geldsummen nach Ostdeutschland transferieren wegen Arbeitslosengeld, Frührenten und ABM-Stellen.

In der Hoffnung, eine Konfrontation mit der mächtigen westdeutschen Arbeiterbewegung zu vermeiden, machte das

Fortgesetzt auf Seite 12



Die Treuhands-Vernichtungspolitik hat den Nährboden für Nazi-Pogrome bereitet

AP

Wirtschaftskrise...

Fortsetzung von Seite 11

Kohl-Regime massiv Schulden, statt Steuern zu erhöhen oder Sozialausgaben zu kürzen. Zwischen 1989 und 1991 stieg das gesamte Haushaltsdefizit von Bund, Ländern und Gemeinden auf mehr als das Zehnfache, von 13 auf 133 Milliarden DM! Eine Kreditaufnahme von diesem Ausmaß kann nicht von langer Dauer sein.



Der Spiegel

Eier auf den Geier in der Arbeiterstadt Halle, 1991, ein Jahr nach der Wiedervereinigung

Sowohl die regierenden Christdemokraten als auch die SPD-„Opposition“ fordern, daß die westdeutsche Bevölkerung die Kosten der Wiedervereinigung trägt, im Namen der „Solidarität“ der deutschen Nation. Ein wirkliches Opfer, nicht nur den Gürtel enger zu schnallen, sei nötig, erklärt der ostdeutsche Sozialdemokrat Wolfgang Thierse. Selbst der IG-Metall-Vorsitzende Franz Steinkühler rief gemeinsam mit dem Chor nach einem „Solidarpakt“. Doch die westdeutsche Arbeiterklasse – in der auch zwei Millionen türkische, jugoslawische und andere eingewanderte Arbeiter sind, die beschönigend „Gastarbeiter“ genannt wurden – ist nicht in der Stimmung, Opfer zu bringen, um die Finanzen des Vierten Reiches wieder in Ordnung zu bringen.

Dies zeigte sich in dramatischer Weise beim ÖTV-Streik im letzten Frühjahr, dem größten Streik in Westdeutschland seit vier Jahrzehnten. Von Bayern bis zu den Nordseehäfen stapelte sich elf Tage lang der Müll, fuhren die Züge nicht und wurde die Post nicht ausgetragen. Der Streik endete mit einer politischen Demütigung für Kohl, der ihn provoziert hatte, und mit einem Rückschlag für die deutsche herrschende Klasse insgesamt.

Der Fehlschlag, die Ausbeutungsrate des eigenen Proletariats zu erhöhen, hat die Pläne der Frankfurter Bankiers und der Ruhr-Industriellen, Osteuropa in ein deutsches Neokolonial-Reich zu verwandeln, durcheinandergebracht. Kohl & Co. versprachen den neuen rechten Regimen von Tudjman's Kroatien bis Jelzins Rußland großzügige Subventionen. Zu Beginn letzten Jahres hatte Bonn mehr als 60 Prozent aller westlichen Finanzhilfe für die ehemaligen Sowjetrepubliken zugesichert. Aber seitdem beruft sich der Zahlmeister der osteuropäischen Konterrevolution darauf, daß er knapp bei Kasse ist.

„Bis jetzt hat Deutschland viel mehr für Osteuropa getan als seine Verbündeten – tatsächlich zu viel“, klagte Bonns Verteidigungsminister Volker Rühle bei einer anglo-deutschen Konferenz im letzten April (Londoner *Guardian*,

2. April 1992). Im folgenden Monat erzählte Kohl Reportern bei der UNO: „Wir Deutschen haben die Grenze unserer Kapazität“, Osteuropa „zu helfen, erreicht“. Ohne massive Finanz„hilfe“ von ihren westlichen imperialistischen Ziehvätern bleiben die frisch gebackenen bürgerlichen Staaten, vom Balkan bis zu den ehemaligen Sowjetrepubliken, schwach und zerbrechlich bei ihrem Versuch, Kapitalismus ohne Kapital aufzubauen. Das Resultat ist der totale wirtschaftliche Zusammenbruch, politisches Chaos und brudermörderischer Nationalismus.

Das wirtschaftliche Durcheinander des Vierten Reichs richtet auch in Westeuropa verheerenden Schaden an. Die grandiose Verkündung einer neuen Ära von „europäischer Einheit“ in Maastricht vor einem Jahr liegt in Scherben. Durch das Hochtreiben der Zinssätze ließ die Bundesbank im letzten Herbst das Europäische Währungssystem spektakulär zusammenbrechen. Frankreich – dessen Bauern wilde Straßenschlachten liefern – wirft Bonn vor, vor dem US-Angriff auf den Agrarprotektionismus der EG zu kapitulieren. Und die sogenannten „armen Vier“ – Spanien, Portugal, Irland und Griechenland – drohen damit, alle Gemeinschaftsentscheidungen zu behindern, wenn sie nicht mehr „Kohäsions“-Gelder von den reicheren Ländern bekommen, womit hauptsächlich Deutschland gemeint ist. Tolle Aussichten heutzutage!

Die ostdeutschen Länder der ehemaligen DDR bleiben wirtschaftlich eine verwüstete Region, gleichzeitig befindet sich Westdeutschland im Anfangsstadium einer womöglich langen und schweren Rezession. Früher nannte man Deutschland die Lokomotive, die Europas kapitalistische Wirtschaft ankurbelt. Heute zieht die deutsche Lokomotive das übrige Westeuropa in hohem Tempo abwärts. Man sagt heutzutage, daß das wiedervereinigte Deutschland schwächer ist, als es Westdeutschland war. Es ist nicht so sehr absolut gesehen schwächer, sondern enorm überbeansprucht. Und diese Überbeanspruchung schafft zunehmend nationale Konflikte, soziale Unruhen und Klassenkämpfe in ganz Europa, nicht zuletzt in Deutschland selbst.

Das „Modell Deutschland“ wird zu teuer

„In der Vergangenheit waren wir zu großzügig bei Lohnerhöhungen“, erklärte Achim Diekmann, Geschäftsführer des Verbandes der deutschen Auto-Industrie am Vorabend des ÖTV-Streiks 1992. Die Wiedervereinigung hat eine wachsende strukturelle Schwäche des deutschen Kapitalismus noch verstärkt, nämlich daß die Lohnkosten erheblich höher geworden sind als bei den wichtigsten internationalen Konkurrenten. Wenn man die Lohnfortzahlung bei Krankheit und die Altersversorgung mit einbezieht, dann sind die Personalkosten in der westdeutschen Industrie über 50 Prozent höher als in den Vereinigten Staaten und den anderen wichtigen westeuropäischen Ländern, und über ein Drittel höher als in Japan. Zur gleichen Zeit beträgt die durchschnittliche jährliche Arbeitszeit in Westdeutschland 1700 Stunden, verglichen mit 1750 Stunden in Frankreich und Britannien, 1900 Stunden in den USA und 2150 Stunden in Japan.

Vor der Wiedervereinigung wurde Westdeutschland von SPD-Gewerkschaftsbürokraten, Frankfurter Bankiers und Ruhr-Industriellen gleichermaßen als ein Modell für steigenden Wohlstand und gutes Einvernehmen zwischen Gewerkschaften und Kapital hochgelobt. Das „Modell Deutschland“ der Nachkriegszeit beruhte auf drei Hauptelementen: 1) eine hochgradig wettbewerbsfähige, exportorientierte Wirtschaft auf der Grundlage von überlegener Produktivität und fortschrittlicher Technologie; 2) eine starke Gewerkschaftsbewegung unter der Führung von sozialdemokratischen Bürokraten, denen es um den Erhalt von Klassenfrieden und Rentabilität ging und um die politi-

sche Untergrabung des ostdeutschen deformierten Arbeiterstaates im Interesse des deutschen Imperialismus; und 3) relativ niedrige politisch/militärisch verursachte Staatsausgaben, solange Westdeutschland als Juniorpartner des amerikanischen Imperialismus fungierte.

Die Teilung Europas im Kalten Krieg in das von den USA dominierte Bündnis und den Sowjetblock, entlang der Elbe durch das Herz Deutschlands, beschnitt die globale Rolle des deutschen Imperialismus. Dies wurde festgelegt im Verfassungsverbot von Bundeswehreinheiten außerhalb des westeuropäischen NATO-Gebiets. (Ein ähnliches Verbot wurde in Japans Nachkriegsverfassung geschrieben, die vom amerikanischen Prokonsul Douglas MacArthur diktiert wurde.) Als Konsequenz belief sich Ende der 80er Jahre der westdeutsche Rüstungshaushalt auf 3 Prozent des riesigen Bruttosozialprodukts, im Vergleich zu 4 Prozent in Frankreich, 5 Prozent in Britannien und 6,5 Prozent in den USA.

Auf der anderen Seite hat der japanische Kapitalismus sogar noch niedrigere Militärausgaben als Deutschland, und gleichzeitig zahlen Toyota und Nippon Steel – deren Arbeiter in unterwürfigen Betriebsgewerkschaften gefangen gehalten werden – nicht annähernd das Lohnniveau von Volkswagen und Krupp, obwohl sie sicher die finanziellen Möglichkeiten dazu haben. Vielmehr benutzten die japanischen Zaibatsu (Kartelle) den Mehrwert, den sie aus ihren Fabriken in Tokio und Osaka herausholten, um die Superausbeutung der Arbeiter in ihren ostasiatischen Neokolonien, von Südkorea bis Indonesien, auszuweiten.

In einer Zeit, als Reagans Amerika und Thatchers Britannien Streiks brachen und massiv gegen die Arbeiterbewegung vorgehen, konnten die westdeutschen Gewerkschaften immer noch erhebliche wirtschaftliche Vorteile erzielen. Der von der IG Metall organisierte Autostreik von 1984 durchbrach die traditionelle 40-Stunden-Woche, die so lange in westlichen kapitalistischen Ländern die Regel war. Warum waren die Frankfurter Bankiers und Ruhr-Industriellen bereit, die institutionalisierte Klassenzusammenarbeit aufrechtzuerhalten, die durch das System der „Mitbestimmung“ von Gewerkschaften und Aktionären symbolisiert wird? Die Antwort liegt im revanchistischen Appetit des deutschen Imperialismus gegenüber der DDR, die den Anspruch hatte, ein deutscher sozialistischer Staat der Arbeiterklasse zu sein.

Trotz ihres niedrigeren Produktivitätsniveaus und trotz bürokratischer Deformationen gab die DDR ihren Arbeitern attraktive und umfangreiche Sozialleistungen, z.B. kostenlose Kinderbetreuung, was es über 90 Prozent der ostdeutschen Frauen ermöglichte, am Arbeitsprozeß teilzunehmen. Die DDR war nicht nur die zehntgrößte Industrie-



Spartakist

Im März 1990 protestierten ostdeutsche Frauen gegen Bonns „Zurück zu Küche, Kirche, Kinder“

macht der Welt, die Prokopf-Einkommen waren so hoch wie in Italien oder Britannien und 50 Prozent höher als in Spanien. Die große Mehrheit der Arbeiter und Intellektuellen in der DDR wünschte sich eine anständige sozialistische Gesellschaft und hatte keine Sympathien für die Deutsche Bank und deren christdemokratische politische Agenten. Wie wir jedoch Anfang der 80er Jahre schrieben:

„Sozialdemokratische Sympathien halten sich hartnäckig in der DDR, wo viele die SPD als ‚demokratische‘ Alternative zu ihrem eigenen stalinistischen Regime ansehen. Das zeigte sich bei dem begeisterten Empfang, der Willy Brandt bei seinem Besuch in Erfurt 1970 bereitet wurde...“

Brandts Ostpolitik der frühen siebziger Jahre erschien als Anerkennung der ständigen Teilung der deutschen Nation. In Wirklichkeit war es eine geschicktere Form der revanchistischen Ambitionen Bonns gegenüber dem Osten. An Stelle des lauten Säbelrasselns (die Politik der Stärke) der Adenauerzeit sehen es die Sozialdemokraten darauf ab, die osteuropäischen stalinistisch beherrschten Staaten wirtschaftlich und politisch zu unterhöhlen.“ („Für revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands!“, *Spartakist* Nr. 43, April 1982)

Wenn das Kohl-Regime in den 80er Jahren der Linie von Reagan und Thatcher gefolgt wäre und Streiks gebrochen, Gewerkschaftsaktivisten ins Gefängnis geworfen, die Löhne gedrückt und Sozialleistungen zusammengestrichen hätte, dann hätte dies in der DDR die Opposition der Bevölkerung gegen westlichen Kapitalismus außerordentlich

Fortgesetzt auf Seite 14

Weg mit den Anklagen gegen Metes Freunde!

Am 17. Februar erhob die Staatsanwaltschaft Anklage gegen drei Freunde des 1991 von Nazi-Skins ermordeten Mete Ekşi. Unter der Anklage „Beteiligung an einer Schlägerei mit Todesfolge“ sollen jetzt die Opfer zusammen mit den Mördern vor Gericht gezerrt werden. Der Mörder, Sohn eines Polizisten, wurde bereits 1992 wieder freigelassen.

Mete Ekşi starb am 13. November 1991 an den Folgen einer schweren Kopfverletzung, nachdem er und seine Freunde türkischer Herkunft am Berliner Kudamm zusammengeschlagen wurden. Die Mordwaffe: ein Baseballschläger. Die Angreifer: Nazi-Skins. Zwei Tage später schlugen die Bullen auf die Teilnehmer eines 10 000 starken Trauermarschs ein, an dem viele Immigranten teilnahmen, prügeln die Leute zu Boden, verletzten ein Kind schwer.

Der Staat vertuscht die Nazi-Morde, schützt die Mörder. Aber Ayhan Öztürk gewann vor Gericht einen Sieg, als er seinen Freispruch erkämpfte, weil er im November 1990 sich gegen bewaffnete Skinheads verteidigte. Er wurde zu Recht von vielen Jugendlichen und Arbeitern als Held gefeiert. Dies war ein Sieg für das Recht auf bewaffnete Selbstverteidigung gegen Nazi-Terror.

Die Hetzkampagne des Berliner Innensensors Hekkelmann gegen Immigranten schürt weitere Angriffe. Die Presse schreit „Türken in Angst“, die Bullen ermitteln gegen die PKK. Appelle an dieses dreckige Vierte Reich, gegen die Nazis vorzugehen, sind tödlich! Nur die organisierte Arbeiterbewegung hat das Interesse und die Macht, den Nazi-Abscham endgültig von der Straße zu fegen. Für Arbeiter/Immigranten-Schutzgruppen! Protestiert gegen die obszöne Anklage gegen Metes Freunde!

Wirtschaftskrise...

Fortsetzung von Seite 13

gestärkt. Die verführerischen Lügen von Brandt, Schmidt & Co. über die Vorzüge der „sozialen Marktwirtschaft“ hätten östlich der Elbe wohl kaum Wirkung gehabt. Heute können selbst sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokraten den Zusammenhang sehen zwischen dem Zusammenbruch des Sowjetblocks und der härteren Linie der Bosse an der Arbeitsfront im eigenen Land. Am letzten 1. Mai stellte IG-



Der Spiegel

Also mal ehrlich, Erich...äh Egon..., den real existierenden Spätkapitalismus hätten wir uns wesentlich dekadenter vorgestellt.

Fiat Panda. Die tolle Kiste.

Die deutschen Imperialisten drücken den Anschluß mit Schmiergeld-Offerten 1:1 durch. Heute können die Ostdeutschen nicht mal das Benzngeld aufbringen

Metall-Chef Steinkühler die rhetorische Frage, „ob es den Sozialprovokateuren im Unternehmerlager gelingt, die Gewerkschaften nach dem Wegfall der Systemkonkurrenz einschneidend zu schwächen“.

Vor der Wiedervereinigung hatte der deutsche Kapitalismus einen triftigen politischen Grund, die sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften zu kaufen, und genügend Mittel, dies zu tun. Das politische Motiv ist nun weggefallen, und die finanziellen Mittel gehen schnell zur Neige. Jeder dritte Arbeitsplatz in Westdeutschland hängt vom Export ab. Dieser Export hängt von hoher Produktivität, überlegener Qualität und kompetentem Service ab. Mercedes, Porsche und BMW sind auf der ganzen Welt die Lieblingsautos der Yuppies. Doch Deutschlands Wettbewerbsvorteile liegen nicht so sehr bei den langlebigen Luxuskonsumgütern, sondern mehr bei den Investitionsgütern. „Bei den meisten unserer Textilmaschinen haben wir keine Konkurrenz“, rühmt sich der Sohn des Gründers der Karl Mayer Textilmaschinenfabrik. „Viele Produkte kann man nur

mit unseren Maschinen herstellen“ (zitiert nach Philip Glouchevitch, *Juggernaut* [Koloß], Simon & Schuster, 1992). Aber immer weniger deutsche Firmen können von sich behaupten, „wir haben keine Konkurrenz“.

Zum Beispiel die Werkzeugmaschinenindustrie, entscheidend für jedes Industrieland. Dies ist das Terrain des deutschen Mittelstands – der mittleren Bourgeoisie, deren Unternehmen mittlerer Größe, in den Worten eines britischen Journalisten, von autokratischen Bossen geführt werden, die ihr Geschäft bis zum letzten Millimeter und Pfennig kennen. Es gibt in Westdeutschland 450 Betriebe der Werkzeugindustrie, die zusammen genommen mehr Menschen beschäftigen als die Automobilindustrie. Fast alle sind hochgradig spezialisiert, und oftmals entwickeln sie Maschinen nach den Vorgaben ihrer Kunden.

Während des größten Teils der Nachkriegszeit beherrschte Deutschland den Weltmarkt für Werkzeugmaschinen, 1970 machte das 31 Prozent der Exporte weltweit, im Vergleich zu 12 Prozent für die USA und nur 3 Prozent für Japan. Aber dann begannen Japan und seine ostasiatischen Neokolonien größere Einbrüche in den Werkzeugmaschinenmarkt zu erzielen. Sie fingen mit Standardprodukten wie Drehbänken an und gingen zu immer komplexeren Modellen über. Japanische Firmen haben jetzt eine Betriebsgröße, wie sie den kleineren deutschen Unternehmen nicht zur Verfügung steht. Bis 1990 fiel der deutsche Anteil am Weltexport von Werkzeugmaschinen auf 24 Prozent, und die USA wurden auf unerhebliche 3 Prozent reduziert, während Japan 18 Prozent des internationalen Marktes eroberte.

Seitdem steckt die westdeutsche Werkzeugmaschinenindustrie in einer Flaute. Die Rezession in Amerika und der Zusammenbruch der Wirtschaft im Sowjetblock verringerten die Nachfrage in zwei von Deutschlands wichtigsten Auslandsmärkten, während Neu- und Ersatzinvestitionen in Deutschland selbst durch enorm hohe Zinsen entmutigt wurden. Die Aufträge für deutsche Werkzeugmacher fielen 1991 um 20 Prozent und im letzten Jahr schätzungsweise um weitere 25 Prozent.

Jetzt, wo der künstliche Boom der Konsumgüternachfrage, der von den Bedingungen der Wiedervereinigung hervorgerufen worden war, in sich zusammenfällt, hat sich der Wirtschaftsrückgang auf die gesamte deutsche Industrie ausgeweitet. Die Bosse der Auto- und Stahlindustrie jammern genauso wie die Werkzeugmaschinenhersteller darüber, daß die Lohnerhöhungen des Vorjahres nicht mehr zu bezahlen seien. Die deutschen Kapitalisten beschimpfen ihre Arbeiter im Ruhrgebiet und in Nordrhein-Westfalen

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

- Volles Abo (10 Ausgaben): DM 5,—
 Auslandsabo: DM 15,—; Übersee Luftpost: DM 20,—
 beide enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)
 Einführungsabo (5 Ausgaben): DM 3,—

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

Sp 101

Bestellt bei:
 Postfach 51 06 55
 1000 Berlin 51

Konto 11988-601
 Postgiro Frankfurt/Main
 BLZ 500 100 60

KONTAKTADRESSEN

- Berlin** SpAD, Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51
 Telefon: (0 30) 4 92 78 66
- Halle** SpAD, PSF 855
 Halle 4002
 Telefon: (03 45) 2 90 55
- Hamburg** SpAD, c/o Verlag Avantgarde
 Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11
 Telefon: (0 40) 32 36 44
- Leipzig** SpAD, Postlagernd, Leipzig 7022

SPARTAKIST-TREFFPUNKT

- Berlin** Donnerstag von 18.00 bis 20.00 Uhr
 Linkstreif, Weddingstraße 6
 1000 Berlin 65 (U-Bahn Nauener Platz)



Spartakist

IG-Chemie-Demo in Halle am 18. Januar 1992 – Spartakisten forderten „Arbeiter von Leuna bis BASF: Schlagt die SPD/Treuhand-Jobkiller zurück!“

als überbezahlte Faulpelze, die freitags immer blaumachen. So drohen sie, die Produktion ins Ausland zu verlegen, und haben damit schon angefangen. 1991 gaben deutsche Firmen rund 30 Milliarden Mark aus, um Produktionsstätten in anderen Ländern aufzukaufen oder auszubauen, während ausländische Multis in Deutschland weniger als 3 Milliarden Mark investierten. Dies ist ein klarer Beleg dafür, daß die Profitrate in Deutschland jetzt vom Standpunkt des Kapitals aus unbefriedigend ist.

„Der Exodus der deutschen Industrie hat begonnen“, verkündete BMW-Boß Eberhard von Kühnheim (*Business Week*, 25. Mai 1992). Daimler-Benz hat Pläne, eine neue

Fabrik in Mexiko zu bauen. Volkswagen weitet seine bereits gewaltigen mexikanischen Unternehmungen aus und will in Chinas „Freihandelszonen“ Autos produzieren. Deutsche Hersteller erhöhen auch ihre Investitionen in den USA, die von ihrem Standpunkt aus ein Niedriglohmland geworden sind. So plant BMW, deren einziges ausländisches Montagewerk in Südafrika liegt, ein zweites in South Carolina. Aber es wird nicht einfach sein, die Arbeitsbedingungen in Westdeutschland herabzudrücken auf ein Niveau wie im gewerkschaftsfreien ländlichen Süden Amerikas.

Übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 566, 1. Januar
[FORTSETZUNG FOLGT]

Soeben erschienen!

Buch der Prometheus Research Library Herausgegeben von der Spartacist Publishing Company

James P. Cannon (1890–1974) war ein Gründer und Führer des amerikanischen Kommunismus und später ein zentraler Mitarbeiter des im Exil lebenden russischen Revolutionärs Leo Trotzki. Cannon führte die syndikalistische International Workers of the World (IWW) und war in späteren Jahren Mitbegründer der International Labor Defense (Internationale Arbeiterverteidigung, ILD), die Teil der Internationalen Roten Hilfe (MOPR) war. Er war aktiv bei der ILD-Verteidigungskampagne der Anarchisten Sacco und Vanzetti. Dieser neue Band von Cannons Schriften (auf Englisch) umfaßt die Periode, als Cannon einer der hauptsächlichsten Führer der amerikanischen Sektion der Kommunistischen Internationale war. Dieses Buch ergänzt Theodore Drapers zweibändige Geschichte des ersten Jahrzehnts des amerikanischen Kommunismus sowie Cannons eigenes Buch *The First Ten Years of American Communism* (Die ersten zehn Jahre des amerikanischen Kommunismus). Es erschließt wertvolles Dokumentarmaterial über die amerikanische Partei und die Stalinisierung der Kommunistischen Internationale.

Das Buch enthält u. a.:

- Eine ausführliche dokumentierte Einleitung
- Erläuternde Fußnoten zu Cannons Texten
- 16 Seiten mit seltenen historischen Fotos
- Glossar von Namen und Begriffen mit über 200 Eintragungen
- Bibliographie von Cannons Werken 1912–1928
- Index

James P. Cannon and the Early Years of American Communism

Selected Writings and
Speeches, 1920–1928



Die Prometheus Research Library ist eine aktive Forschungseinrichtung für ein breites Spektrum marxistischer Studien sowie das Hauptarchiv der Spartacist League/U.S. und der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationale).

DM 39,- Leinen ISBN 0-9633828-0-2 (nur Bibliotheken)
DM 25,- kartoniert ISBN 0-9633828-1-0
624 Seiten

zuzüglich Versandkosten DM 3,- pro Band



Berlin, 30. Januar — Der Schutz des Wohnheimes wird organisiert mit proletarischer Disziplin, durch Aufstellung von Patrouillen, dabei war Kommunikation mit der „Zentrale“ wichtig

Immigranten-Wohnheim...

Fortsetzung von Seite 1

Widerhall. Während auf der Straße Unter den Linden Kerzen angezündet wurden, kamen Dutzende, meist Jugendliche, zum Banner des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV) am August-Bebel-Platz, um in dieser Nacht den Schutz eines großen Immigranten-Wohnheims in Berlin zu organisieren. „Lichterketten stoppen nicht die Nazis“, wurde aus dem Megaphon gerufen, und „Wohnheime unter Arbeiterschutz“.

Weit über 100 Leute beteiligten sich an der erfolgreichen Verteidigungsaktion. Das KfsV, unterstützt von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD), mit der es verbunden ist, hatte zu Arbeitereinheitsfront-Aktionen aufgerufen. Es gab zwar gelegentliche „Streifen“ vor Wohnheimen, doch wir wollen die soziale Macht der organisierten Arbeiterbewegung mobilisieren, um den Nazi-Abschaum wegzufegen. Der KfsV-Aufruf wurde von zahlreichen Gewerkschaftern aus dem Raum Berlin wie auch aus Halle-Bitterfeld unterstützt. Bei der Aktion waren vor allem Jugendliche aus mehreren Bezirken Berlins sowie aus Halle, Leipzig und Hamburg. Außer der SpAD beteiligten sich auch Mitglieder der PDS Lichtenberg, der DKP, der FDJ



Spartakist

Sonabend, 30. Januar — Das Banner des KfsV ist Treffpunkt für die Mobilisierung zum Wohnheimschutz

und der antifaschistischen Organisation Edelweiß-Piraten. Eine KfsV-Erklärung vom 31. Januar berichtete:

„Die Immigranten konnten ungestört eine ruhige Nacht verbringen und zusammen mit den Verteidigern feiern. Aber in den frühen Morgenstunden, nachdem die Nazis das Wohnheim mehrmals umkreist hatten, schossen faschistische Provokateure mit einer Gaspistole an einem Eingang des Wohnheims auf die Wachen. Die Wachen wurden sofort verstärkt, und bei der nächsten Provokation wurde ein Nazi-Auto entschlossen vertrieben. Einige Nazis ließen ihre Stiefel und Bomberjacken zurück.“

Auch in der Nacht vorher organisierte das KfsV kurzfristig Streifen, als Berichte über einen möglichen faschistischen Angriff auf das Wohnheim eingingen. Und in der Nacht vom 30. zum 31. Januar gab es Streifen um ein kleineres abgelegenes Wohnheim in einer Gegend, die berüchtigt ist für Nazi-Angriffe auf Immigranten und andere Einwohner. Bewohner des Wohnheim-Komplexes bedankten sich später beim KfsV für die Verteidigung und bemerkten, daß es in den letzten Monaten Drohungen von Rechten gegeben hatte, und außerdem hat die Polizei bereits mehrmals das Wohnheim überfallen.

Volksfront: Lichterketten und Bullen

Die mörderischen faschistischen Angriffe und Pogrome haben Deutschland polarisiert, und mit den zunehmenden sozialen Spannungen verursachte dies verstärkten Druck auf die Reformisten. Die SPD beschäftigt sich hauptsächlich damit, ihre „Regierungsfähigkeit“ in einer bürgerlichen Regierung zu beweisen. Während Engholm und Konsorten vorher von einer „beschleunigten Behandlung“ der Flüchtlinge sprachen (zusammen mit KZ-ähnlichen „Sammellagern“), sind sie jetzt, unter dem Druck von Kohls CDU, direkt gegen das Asylrecht angetreten. Die Sozialdemokratie reagierte, als eine bedeutende Anzahl von Gewerkschaftern den KfsV-Aufruf für Arbeiterverteidigung von Immigranten-Wohnheimen unterstützte, besonders in der Schlüsselgewerkschaft ÖTV, die im letzten Frühjahr mit ihrem machtvollen Streik Kohl eine Ohrfeige verpaßte. SPD-Bürokraten machten mobil, um diejenigen, die formal zur Aktion aufrufen, davon abzuhalten, dies in eine wirkliche Gewerkschaftsbeteiligung an der Verteidigungsaktion zu verwandeln.

Die PDS war am 29./30. Januar vor allem an Rangeleien über die Teilnahme bei konkurrierenden Demonstrationen beteiligt, statt gegen die Nazis zu mobilisieren. Der abgedankte Parteichef Gysi (der weiterhin Chef der PDS-Bundestagsgruppe sein wird) benutzte seinen Rücktritt zu einer Kampfansage gegen Linke innerhalb der Partei. Saubermann Gysi will die PDS für „unvereinbar“ mit all denen erklären, deren Herzen zu stark für die alte stalinistisch

Berlin, 30. Januar: Für Arbeiterverteidigung der Immigranten-Wohnheime gegen Nazi-Terror!

Angesichts des gefährlichen Anstiegs des Nazi-Terrors ist es notwendig, unsere eingewanderten Kollegen zu verteidigen. Jetzt werden die Roma und DDR-Vertragsarbeiter mit Abschiebung bedroht. Wir müssen die Macht der Arbeiterbewegung in Einheitsfrontaktionen mobilisieren, um sie zu verteidigen und die Flüchtlings- und Vertragsarbeiterwohnheime vor Nazi-Überfällen zu schützen.

Unterstützer der Aktion: Helmut Bojanowski, Abteilungsgeschäftsführer Luftfahrt, ÖTV*, Berlin; Kurt Cummerow, Betriebsrat, DAG*, Berlin; Holger Eisenhardt, ÖTV*, Berlin; Fraktion der PDS Bitterfeld; Henrik Franke, Jugend- und Auszubildenden-Vertreter*, IG Chemie*, Buna Werke AG, Schkopau; Necati Gürbaca, Berlin; Michael Helaß, Vorsitzender, ÖTV-Gewerkschaftskommission*, Betriebshof Weißensee, Berlin; Heiko Heller, Bezirksjugendausschuß-Mitglied, ÖTV*, Berlin; IG Bau-Steine-Erden, Ortsvorstand Bitterfeld; Alexander Kalex, DKP*, Mitglied des SDAJ-Bundesvorstands*, Leipzig; Bernt Kamin, Vertrauensleutesprecher der ÖTV*, Gesamthafenbetrieb Hamburg; Karl Kielhorn, PDS*, Präsidiumsmitglied der Lagergemeinschaft Dachau*, Berlin; Andreas Köhn, geschäftsführendes Landesbezirksvorstandsmitglied, IG Medien*, Berlin; Komitee für soziale Verteidigung; Einige Genossen der autonomen KommunistInnen; Günter Krause, Betriebsratsvorsitzender, LABAG, IGBE*, Lübbenau; Jürgen Kühn, Betriebsrat*, Vertrauenskörperleitung, IG Metall*, Berlin; Karin Lehmann, Betriebsrätin, HBV*, Berlin; Edeltraud Merkel, Gruppenvorsitzende, DF e.V. Bitterfeld*; Günter Michel, Betriebsrat*, IG Metall*, Opel Rüsselsheim; Eva-Maria Moleiß, stellvertretende Betriebsratsvorsitzende, IG Chemie*, Linde AG, Staaken; Manfred Müller, Landesvorsitzender Berlin, HBV*; Christian Münnich, Bezirksjugendausschuß-Vorsitzender, ÖTV*, Berlin; ÖTV-Gewerkschaftskommission, Betriebshof Lichtenberg, BVG, Berlin; M. Opitz, Jugend- und Auszubildenden-Vertreter*, IG Chemie*, Buna Werke AG, Schkopau; Maria Radtke, Betriebsrätin, HBV*, Rüsselsheim; PDS Lichtenberg, Berlin; Rainer Pommrich, Delegierter zum 3. PDS-Bundesparteitag, PDS*, Wernigerode; Christel Schemel, Bezirksverordnete, PDS*, Berlin-Lichtenberg; Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands; Wolf Stötzel, Bund der Antifaschisten Berlin-Mitte*; Elvira Täger, ÖTV-Vertrauensfrau*, Berlin; Klaus Teubert, Betriebsratsvorsitzender, NGG*, Havelland Werder; Siegfried Wittig, stellvertretender HVM, Hauptschwerbehindertenvertretung, ÖTV*, Berlin; Walter Warmuth, Vorsitzender Vorstand, Berliner Mietergemeinschaft*; Bernd Weise, stellvertretender Vertrauensmann, IG Chemie*, Leuna; Susanne Wilk, Vorsitzende der Jugend- und Auszubildenden-Vertreter*, Buna Werke AG, Schkopau; Brigitte Ziegler, Betriebsrätin.

*)Organisationsname nur zum Zweck der Identifikation

Wir möchten betonen, daß die Unterzeichner nicht notwendigerweise mit der Erklärung des Komitees für soziale Verteidigung oder ihren Einzelheiten übereinstimmen.

Immigranten-Wohnheim...

Fortsetzung von Seite 17

sind und daher die Bullen und Gerichte unweigerlich gegen die Linke, die Arbeiterbewegung und die Unterdrückten eingesetzt werden.

Was die „Lichterketten“ angeht, so dienen diese nur dazu, die Unterdrückten an ihre Unterdrücker zu ketten — in einer großen Volksfront, die von der pseudomarxistischen Linken über die PDS und die SPD bis zur Koalitionsregierung in Bonn reicht —, und sie dienen alle dazu, Deutschlands Ansehen im Ausland und nicht zuletzt die Exporterlöse des deutschen Kapitals zu verbessern. Die Spartakisten jedoch, deren Name für unnachgiebigen Widerstand gegen das Vierte Reich des deutschen Imperialismus steht und die im Juni letzten Jahres die riesige Nazi-Fahne beim Brandenburger Tor herunterrissen, werden jetzt vors Gericht gezerrt — im gleichen Moabiter Gerichtsgebäude, wo der Honecker-Schauprozeß stattfand —, weil sie laut Anklageschrift mit der Hakenkreuzfahne einen „Gegenstand der Kunst“ zerstört hätten!

Baut eine leninistisch-trotzkistische Partei auf!

Unsere Organisation der Wohnheim-Verteidigung am 30./31. Januar war eine *exemplarische Aktion*, um das trotzkistische Programm der Arbeitermobilisierung gegen die faschistische Gefahr in der Praxis zu demonstrieren. Als Ergebnis der sozialdemokratischen Gegenmobilisierung gegen die KfsV-Initiative waren wir diesmal nicht in der Lage, eine voll entwickelte *Arbeiterverteidigung* mit organisierter Gewerkschaftsbeteiligung zu erreichen. Die Mehr-

heit der Teilnehmer waren Arbeiterjugendliche, auch diejenigen, die in radikaler Ablehnung der bürgerlichen Gesellschaft auf die Autonomen schauen. Aber im scharfen Gegensatz zur halbarchaischen Politik der Autonomen war die vom KfsV initiierte Wohnheim-Einheitsfrontverteidigung von effektiver proletarischer Disziplin gekennzeichnet. Wir kämpfen weiter darum, die Macht der Arbeiter zur Verteidigung der Immigranten zu mobilisieren, die heute die ersten Opfer des faschistischen Terrors sind.

Heute wagen es die Faschisten nicht, sich in Berlin offen zu zeigen, außer unter direktem Polizeischutz. Dies zeigte sich am 24. Januar bei der Demonstration gegen den harten Kern faschistischer Terroristen, die sich auf den Stufen der Tegeler Polizeistation zusammendrängten. Sollten die Nazis versuchen, eine offene Provokation zu starten, muß es eine gemeinsame Mobilisierung der Arbeiterbewegung geben, um diese tödlichen Terroristen zu zerstreuen und sie aus ihren Rattenlöchern zu vertreiben. Das wollten die SpAD und das KfsV gegen den Nazi-Marsch in Halle am 9. November 1991 tun, wo wir ebenfalls nahe dran waren, eine wirkliche Arbeitermobilisierung zu erreichen, als der DGB für kurze Zeit dazu aufrief, am gleichen Ort und zur gleichen Zeit zu demonstrieren wie die Faschisten. Und genau das haben unsere kanadischen Genossen letzten Monat in Vancouver getan, als 3000 Gewerkschafter, Linke und Angehörige von Minderheiten die Nazis in die Flucht schlugen.

Wie Trotzki Anfang der 30er Jahre schrieb, bevor Hitlers Kolonnen die Pforten der Macht erreichten:

„Je entschlossener, ernsthafter und überlegter wir diese

Für eine revolutionäre Spartakist-Jugend!

SPD-Einseifer in Sachen JRE unterwegs

Der Anstieg des deutschen Nationalismus und des Nazi-Terrors durch den Anschluß der DDR hat auch eine massive Gegenreaktion hervorgerufen und viele Jugendliche gegen die Nazis mobilisiert. Für viele liegt es auf der Hand, daß die Nazis aus der Verschlechterung der Lebensverhältnisse rekrutieren wollen. Kurz, die Kapitalisten haben sich mit der Wiedervereinigung übernommen und die Wirtschaft mit der neuen expansiven Außenpolitik in eine neue Krise gestürzt. Sie heizen den Nazi-Terror an, um die Zerstörung des Asylrechts durchzusetzen und einen Linksruck in der Gesellschaft zu verhindern. Angesichts der Welle von rassistischen Überfällen und Pogromen hat eine Menge von anständigen Jugendlichen einen gesunden Haß auf die Nazis und sucht nach einer Strategie gegen sie. Seit dem Vietnamkrieg hat es nicht mehr eine solche Radikalisierung der Jugend gegeben.

In dieser Situation hat sich nun die Organisation Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) gebildet, nach offizieller Meinung eine parteiunabhängige Initiative. Sie führten am 24. Oktober 1992 in Brüssel eine Demonstration mit 40 000 Teilnehmern aus elf Ländern durch. Aber wie ist diese Initiative zustande gekommen, wer oder was steckt hinter der JRE? Ein Blick hinter die Kulissen bringt vielleicht Aufschluß darüber. Und richtig, so sagte es der Antrag der Kasseler Jusos auf dem Juso-Bundeskongreß Ende 1992 in Bonn: „JRE wurde im Sommer von den Juso-Unterbezirken Kassel, Stuttgart, Aachen, Bremerhaven, Rostock, der Redaktion VORAN und einigen Gewerkschaftsjugendgruppen ins Leben gerufen...“ Und weiter: „Die JungsozialistInnen unterstützen die Initiative ‚Jugend gegen Rassismus in Europa‘ politisch und materiell auf allen Ebenen und gliedern sich ihr an.“

Wenn sich die unter den antirassistischen Jugendlichen zutiefst diskreditierte SPD neue Mitglieder und Wähler heranziehen will, so ist das eine Sache, aber was heißt das für die JRE? Nach jahrzehntelanger handzahmer „Oppositions“-werkelei innerhalb der SPD, die 1989/90 in begeisterte Unterstützung für die Konterrevolution in der DDR aus schlug, hat die Voran-Gruppe jetzt einen Werbefeldzug für das angeschlagene Image der SPD kreiert: Mit dem Aufbau der JRE sollen „Ansehen und politischer Einfluß von Jusos unter ostdeutschen Jugendlichen zunehmen, was in Anbetracht des traurigen Zustandes vieler Juso-Untergliederungen in den neuen Ländern bitter nötig ist“. Daran ändert auch die Teilnahme von PDSlern in der JRE nichts, die diese Gruppe als Eintrittskarte in die Sozialdemokratie benutzen wollen.

Aber die JRE ist doch nach außen politisch unabhängig, sie ruft doch in ihrer Propaganda zum Schutz von Wohnheimen und zur Verhinderung von Naziaufmärschen auf, so hören wir es immer wieder. Viele Jugendliche, die nichts lieber tun wollen als gegen die Nazis zu kämpfen, sind in der JRE aktiv. Doch für die Voran-Führung von JRE ist diese entscheidende Frage nur Anlaß, eine Art Abenteuer-Spielplatz anzubieten, um diese Jugendlichen – an die nationalistischen Lichterketten zu binden!

Inzwischen gab es schon verschiedene Gelegenheiten für die JRE, sich zu beweisen. Für den 30. Januar hatten die Spartakisten zu einer Einheitsfrontaktion zum Schutz eines größeren Immigranten-Wohnheims in Berlin aufgerufen. Unser Vorschlag wurde von zahlreichen Gewerkschaftern und vielen anderen aufgenommen. Über hundert Jugendliche und andere wachten in dieser Nacht gemeinsam mit

Fortgesetzt auf Seite 20

Agitation führen werden – ohne Geschrei und Prahlererei, wovon die Arbeiter so rasch genug haben –, je sachlicher die organisatorischen Verteidigungsmaßnahmen sein werden, die wir in jedem Betriebe, in jedem Arbeiterviertel und Bezirk vorschlagen, um so geringer ist die Gefahr, daß der Angriff der Faschisten uns überraschen wird, um so größer ist die Gewißheit, daß dieser Angriff die Arbeiterreihen zusammenschweißen und nicht spalten wird.“ („Die Wendung der Komintern und die Lage in Deutschland“, September 1930)

Trotzki rief wiederholt zur Einheitsfront der Hauptorganisationen des deutschen Proletariats auf, wie in seiner Schrift *Was Nun?* (Januar 1932), die zu Zehntausenden verteilt wurde und heute als Kopie über die SpAD-Adresse erhältlich ist. Heute ist es Allgemeinwissen, daß die Nazis nie an die Macht gekommen wären, wenn sich Trotzki's Politik durchgesetzt hätte.

Die Schlüsselfrage dabei ist die der revolutionären Partei, die aus den Erfahrungen des Klassenkampfes lernt, die die Kader schult, um die bewußtesten Schichten des Proletariats anzusprechen und sie für ihre Klasseninteressen zu mobilisieren. Die deutschen Trotzki'sten waren in den 30er Jahren schwach und isoliert. Aber trotzdem versuchten sie, ihr Klassenkampf-Programm in die Tat umzusetzen. So wurde Anfang 1932 in Oranienburg ein Arbeiterkampfkomitee gegründet, das die KPD, die SPD, Gewerkschaften und Arbeitslosenkomitees mit einschloß und im Sommer eine Arbeiter-Schutzstaffel errichtete.

Die Arbeitereinheitsfront, für die Trotzki'sten kämpfen,

ist die Anwendung der Lehren der erfolgreichen Organisation des Proletariats durch die Bolschewiki in der Russischen Oktoberrevolution von 1917. Heute will die revanchistische deutsche Bourgeoisie die Geschichte umschreiben, um den Bolschewismus auszulöschen, und besonders um ihre Niederlage im Kampf von Stalingrad umzukehren. Die Kapitulation der deutschen Wehrmacht in Stalingrad am 31. Januar 1943 markierte einen heroischen Sieg der Roten Armee, der die Lebenskraft der Errungenschaften des Oktober zeigte, sogar nach zwei Jahrzehnten von stalinistischer bürokratischer Degeneration. Doch fünf Jahrzehnte später hat die Konterrevolution in der ehemaligen Sowjetunion triumphiert, wie vorher in der DDR, ohne entscheidenden Widerstand der Arbeiterklasse.

Die SpAD, die als einzige „Nein“ zur kapitalistischen Wiedervereinigung sagte, ohne Wenn und Aber, führt heute den Kampf gegen die verheerenden Folgen dieser Konterrevolution fort – zu denen nicht zuletzt der Nazi-Terror gehört. Während die Bourgeoisie versucht, den Arbeitern die Kosten für ihren Sieg mit der Lüge eines „Solidarpaktes“ aufzuhalsen, während die SPD, die PDS und andere Reformisten über die Bedingungen der Lohnkürzungen und des Kahlschlags bei Sozialleistungen feilschen, rufen die Spartakisten zum harten Kampf der Arbeiterklasse auf, mit ihrem strategisch wichtigen Bestandteil von Immigranten, um ihre Interessen gegen den gemeinsamen Feind zu verteidigen und die faschistische Pest hinwegzufegen, indem wir das kapitalistische System stürzen, das sie brütet.■



Spartakist-Fotos

Berlin, 7. Januar: Protest gegen rassistischen Überfall auf Manuel Tembe in Hohenschönhausen, JREler beteiligten sich. Inzwischen lobt die JRE-Führung Weizsäckers/Engholms Lichterketten als „eindrucksvolle Zeichen des Protests“

JRE...

Fortsetzung von Seite 19

den Immigranten darüber, daß die Nazis ihr mörderisches Handwerk nicht ausführen konnten. Wir haben auch die JRE mehrmals aufgefordert, sich dieser Verteidigungsaktion anzuschließen, und JRE-Mitglieder solidarisierten sich mit dem Vorschlag. Viele von ihnen haben am 7. Januar in Hohenschönhausen mit uns gegen den rassistischen Überfall auf den mosambikanischen Arbeiter Manuel Tembe protestiert.

Doch die JRE-Führung hat die Wohnheim-Verteidigung vehement mit den unglaublichsten Begründungen *abgelehnt* und statt dessen die Lichterkette durchs Brandenburger Tor unterstützt. Die Erklärung dafür ist ganz einfach. Obwohl viele JRE-Mitglieder die sozialdemokratische Politik verabscheuen, hat die JRE-Führung diese doch schon eingeführt. So argumentierten JREler auf einer Berliner Mitgliederversammlung am 19. Februar dafür, mit Faschisten zu reden. Worüber denn? Etwa wie die SPD bereits mit Sammellagern und Quoten der „Flut“ Herr werden kann? Wir Spartakisten sagen dagegen: Über Völkermord gibt es nichts zu diskutieren. Gegenüber dem Nazi-Terror kann es nur eine Antwort geben: ihn durch Arbeiter/Immigrantenmobilisierung zu zerschlagen!

Im *ND* wurde die JRE-Sprecherin Antje bei der Berliner Demo am 30. Januar vorgestellt als „eine derjenigen, die ihren Platz in der SPD fanden“, als die DDR unterging. In ihrer Geburtsstadt Rostock führt die SPD jetzt den Senat an, dessen Bullen ein Abkommen mit Nazi-„Störern“ schlossen, während das Immigranten-Wohnheim niederbrannte (siehe dazu „Der Rostocker Pogrom-Pakt: Seiters, Polizei und Nazis Hand in Hand“ auf Seite 10). Für die Voran-Jusos, die „eine entscheidende Rolle beim Aufbau eines linken Flügels in der Partei spielen“ wollen, gab es dagegen bloß „halbherzige Polizeieinsätze in Rostock“ (Antrag der Kasseler Jusos beim Juso-Bundeskongreß)!

Als vier Spartakisten wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung angeklagt wurden, weil sie eine riesige Hakenkreuzfahne beim Brandenburger Tor zerstört haben, gab es Solidaritätserklärungen aus der ganzen Welt. Wir forderten auch die JRE auf, die vier Antifaschisten gegen die Verfolgung durch den bürgerlichen Staat zu unterstützen. Mit der Begründung, sie wollten keine Propaganda-Aktion der Spartakisten unterstützen, haben sie es *abgelehnt*. Meint ihr, daß Mumia Abu-Jamal, Atiye Eksi, Karl Kielhorn, der Oberrabbiner der Mailänder Jüdischen Gemeinde und Jürgen Kuczynski etc. etc. alles heimliche Spartakisten sind? Nein, sicher nicht, aber sie taten, was jeder

Antifaschist tut, wenn andere Antifaschisten bedroht sind. Die Politik der JRE-Führung dagegen war Sektierertum in Reinkultur. In Wirklichkeit wollen sie keine gemeinsamen Aktionen mit revolutionären Organisationen oder „K-Gruppen“, weil dies im Widerspruch zur SPD steht.

Und es geht nicht nur um die Spartakisten. Als der bürgerliche Staat und *Spiegel TV* nach der wahrscheinlichen Ermordung von Olaf Heydenbluth eine Hetzkampagne gegen die SDAJ führte, hat die JRE sich gegen eine Teilnahme an deren Berliner Protestdemonstration entschieden. Die SpAD dagegen solidarisierte sich mit den Freunden und Genossen von Olaf und beteiligte sich in Suhl und Berlin an den Protesten.

Eine Einheitsfront bedeutet, daß verschiedene Organisationen trotz ihrer politischen Differenzen eine gemeinsame Aktion durchführen, um beispielsweise die Faschisten zu stoppen. „Getrennt marschieren, vereint schlagen“, lautet die klassische Losung. Genau solche Aktionen wären in den 30er Jahren nötig gewesen, um Hitlers Machtergreifung zu verhindern. Trotzki's Linke Opposition kämpfte damals mit allen Mitteln für eine Einheitsfront der großen Arbeiterorganisationen gegen die Nazis. Aber die Führer von SPD und KPD haben Hitler ohne wirksamen Widerstand zur Macht kommen lassen, weil sie die unabhängige Mobilisierung der Arbeiter mehr fürchteten als die braune Pest.

Jetzt winkt also die JRE-Führung bei Aktionseinheiten ab, während sie unter dem Vorwand der „Massenarbeit“ bereitwillig jeden Schwenk der SPD bejubelt. Ausgerechnet wir Trotzki'sten wurden (von den Stalinisten) immer als Sektierer verleumdet. Ist es Sektierertum, wenn man Honcker, Christa Wolf, Klaus Croissant, Heinrich Fink und Gerhard Bögelein gegen die Hexenjagd verteidigt? Nein, es ist vielmehr unsere Pflicht, jeden Antifaschisten und Repräsentanten des deformierten Arbeiterstaats DDR zu verteidigen, der vom kapitalistischen Staat angegriffen wird. Bei der SPD der Oberhexenjägerin Limbach und des Asylrecht-Vernichters Engholm kann man damit natürlich keinen Eindruck schinden, daher wird man bei solchen Einheitsfronten vergeblich nach Voran-Jusos Ausschau halten.

Wir Spartakisten wollen dagegen wie die Bolschewiki eine revolutionäre Partei aufbauen, die die Arbeiter im gemeinsamen Kampf – bei Streiks, Demonstrationen und antifaschistischen Aktionen – vom lähmenden Einfluß der bürgerlichen Arbeiterpartei SPD wegbricht, um die fortgeschrittensten Arbeiter für das Programm der Machteroberung des Proletariats zu gewinnen. Dabei müssen die Jugendlichen, die den Kampf gegen die Nazis mit dem Kampf gegen den Kapitalismus verbinden wollen, in der Tradition von Lenin und Liebknecht eine wichtige Rolle spielen. ■

Vancouver: Mobilisierung von Arbeitern/Minderheiten 3000 Antifaschisten jagten die Nazi-Skinheads zum Teufel



Spartacist Canada

VANCOUVER — Die Nazis des „Canadian Liberty Net“ und ihre Bande von Skinheads wurden hier Freitag abend, am 22. Januar, in die Flucht geschlagen. Die Hitler-Verehrer hatten geprahlt, sie würden sich um 19.00 Uhr vor der Kunstgalerie in Vancouver versammeln und ein „Geheimtreffen“ organisieren, um den berüchtigten amerikanischen Nazi Tom Metzger „willkommen zu heißen“. Was statt dessen passierte, war nicht geheim. Der Platz, auf dem die Nazis sich versammeln wollten, wurde von 3000 antirassistischen Demonstranten besetzt — organisierte Kontingente von Gewerkschaftern, Jugendlichen, Minderheiten, Schwulen und anderen Gegnern des faschistischen Terrors.

Als die Demonstration langsam zu Ende ging, machte die Nachricht die Runde, daß Skinheads beim Century Plaza Hotel gesichtet worden seien; Hunderte gingen los und schlossen sich den Sprechchören der Trotskyist League of Canada und des Partisan Defense Committee an: „Stoppt die Nazis, jetzt ist die Zeit! Arbeiter, Minderheiten haben die Macht!“ Als sich 500 Demonstranten dem Hotel näherten, verkroch sich die Handvoll Faschisten in einer Seitenstraße. Die Nazis, verfolgt von den Demonstranten, sprangen auf Mauern, kletterten Hals über Kopf über Zäune und flohen in die Dunkelheit.

„Das war ein Sieg“, erklärte die PDC-Sprecherin Miriam Scribner. „Was heute abend passierte, war eine Bekräftigung unseres Aufrufs zu einer auf die Gewerkschaften konzentrierten Massenmobilisierung, um die Faschisten von der Straße zu jagen.“ Nachdem die miesen Hitler-Jünger geflohen waren, führte die TL einen Teil der Menge unter Sprechchören in die Stadt zu einer Siegesfeier: „Runter mit den Kapuzen! Runter mit den Laken! Wir haben die Faschisten von der Straße gejagt!“

Die *Vancouver Sun* berichtete unter der Überschrift „Weiße rassistische Skinheads fliehen aus dem Hotel“: „Während Tausende Antirassisten vor dem Century Plaza Hotel demonstrierten, flüchtete eine kleine Gruppe von Skinheads, die für weiße Vorherrschaft sind, wie Angsthäsen durch einen Seiteneingang.“ Die Bullen nahmen Rache und verhafteten zwei antifaschistische Demonstranten, denen jetzt Anklagen drohen u. a. wegen „Waffen“be-

sitzes und Vermummung! *Weg mit allen Anklagen gegen die antifaschistischen Demonstranten!*

„Alle heraus, um die Faschisten zu stoppen“

Der Versuch von „Liberty Net“, eine Kundgebung abzuhalten, war eine tödliche Bedrohung, die sich gegen die gesamte Arbeiterbewegung und alle Minderheiten in Vancouver richtete. Die rassistischen Terroristen haben Brandanschläge auf die Wohnungen von Familien indischer und chinesischer Kanadier verübt und vor dem Haus iranischer Immigranten ein Kreuz in Brand gesteckt. Eine Synagoge und ein jüdischer Friedhof wurden mit Nazi-Parolen und Hakenkreuzen beschmiert, und ein Schwulen-Buchladen wurde bombardiert. Skinheads von Metzgers „White Aryan Resistance“ ermordeten 1988 in Oregon auf brutale Weise einen Äthiopier. Jetzt wollten die Faschisten eine Provokation bei der Kunstgalerie durchführen, dem traditionellen Platz für linke und Arbeiter-Demonstrationen in dieser Stadt.

Als Antwort darauf gab das PDC, die rechtliche und soziale Verteidigungsorganisation in Verbindung mit der Trotskyist League, am 11. Januar einen eindringlichen Appell an die Organisationen der Arbeiterbewegung und der Minderheiten heraus und rief auf zu einer „massenhaften, disziplinierten Demonstration der Macht der Arbeiterbewegung, die die Minderheiten und alle die mobilisiert, die von den Faschisten als Opfer vorgesehen sind — dort und zu der Zeit, wo die Faschisten sein wollten... Diese Nazi-Provokation zu stoppen ist eine Frage des einfachen Überlebens.“ Dies stieß auf wirkliche Resonanz in Vancouver — eine starke Gewerkschaftsstadt mit Zehntausenden indischen und anderen asiatischen Arbeitern.

Zwei Tage später brachte die British Columbia Organization to Fight Racism (BCOFR) eine Presseerklärung heraus, in der sie zu einer „Anti-Rassismus-Kundgebung“ bei der Kunstgalerie aufrief: „Sag Nein zu W.A.R.“. Zu der BCOFR-Kundgebung wurde *nicht* aufgerufen, um die Nazi-Terroristen zu *stoppen*, sondern nur als eine „Alternative zum angekündigten Besuch“ von Metzger.

Fortgesetzt auf Seite 22

Vancouver...

Fortsetzung von Seite 21

Fest entschlossen, dafür zu sorgen, daß die Empörung über faschistischen Terror nicht abgelenkt wird in ein impotentes Gelaber, gingen TL- und PDC-Unterstützer in der ganzen Stadt zu Gewerkschaftsversammlungen und Immigrantenvierteln und verteilten 30 000 Exemplare eines Mobilisierungsflugblatts. Die kanadische Postgewerkschaft in Vancouver unterstützte einstimmig den TL/PDC-Aufruf, gab selbst ein Flugblatt für die Mobilisierung heraus und sandte einen eindrucksvollen Ordnertrupp zur Demonstration. Die Hafendarbeiter-Gewerkschaft gab ebenfalls ein eigenes Flugblatt mit dem Aufruf „Alle heraus, um die Faschisten zu stoppen“ heraus, das im ganzen Hafen plakatiert wurde. Eine starke Mannschaft von Hafendarbeitern und auch Lkw-Fahrer und Lotsen kamen, wie auch Telefonarbeiter, Elektriker und andere. Einige dieser Arbeiter schlossen sich dem TL/PDC-Kontingent an und waren ein wichtiger Teil unseres Ordnertrupps.

Freitag nacht waren vor der Kunstgalerie überall offizielle Gewerkschaftsbanner zu sehen. Angehörige der japanischen, chinesischen, schwarzen, iranischen und anderer Bevölkerungsgruppen der Stadt waren da, ebenso wie Frauengruppen und Schwule, und eine jüdische Friedensgruppe trug ein Banner auf Hebräisch, Arabisch und Englisch.

Bei der Demo gab es zwei *entgegengesetzte* politische Programme, wie man auf die faschistische Bedrohung in Vancouver reagieren muß. Die Politik der Reformisten und Arbeiterbürokraten, die direkt aus den Ministerbüros der sozialdemokratischen NDP kommt, bestand darin, das Vertrauen auf den kapitalistischen Staat und seine Polizei zu predigen. In der Praxis hieß das, der faschistischen Provokation freie Bahn zu geben. Ein Sprecher für die International Socialists (IS, Tony Cliffs internationale Organisation, deutscher Ableger ist die SAG) riet den Ordnern, bekannte faschistische Provokateure nicht aus der Demonstration zu entfernen, sondern sie nur „im Auge zu behalten“!

Diese Reformisten versuchten, bei der Demo ihr feiges Programm in die Tat umzusetzen. Als Demonstranten zum Century Plaza Hotel abbogen, um sich die Skinhead-Schläger vorzuknöpfen, versuchten Ordner der von den IS unterstützten Koalition zunächst, die Demonstranten aufzuhalten, und dann bildeten sie (auch die IS) vor dem Hotel eine Kette, um die Bullenreihe, die die Menge zurückdrängte, zu verstärken.

Die Kalten-Kriegs-„Sozialisten“ der IS drängten auf Solidarität mit jeder von Imperialisten unterstützten konterrevolutionären Kraft, deren Ziel die Zerstörung der ehemaligen Arbeiterstaaten in Osteuropa und der Sowjetunion war.

Das Ergebnis ist eine Flutwelle von reaktionärem Nationalismus und faschistischem Terror, die die Brechstange für die Restauration des Kapitalismus ist. Diejenigen, die diesen Kräften in Osteuropa und der Ex-UdSSR zujubelten, sind Heuchler, wenn sie behaupten, sie wollten den „Faschismus bekämpfen“ im eigenen Land. Die Gelüste der Reformisten zur Klassenzusammenarbeit, die ihren üblen Antisowjetismus untermauerten, kann man hier in ihrer Reaktion auf die faschistischen Terroristen sehen.

Schmiedet eine revolutionäre Arbeiterpartei!

Nach 16 Jahren gewerkschaftsfeindlicher Politik unter der ultrarechten rassistischen Social Credit Party dachte die mächtige Arbeiterbewegung, sie würde es unter einer sozialdemokratischen NDP-Regierung besser haben. Doch seit ihrer Wahl 1991 hat die NDP nur weitere Austeritätsmaßnahmen durchgesetzt, während sie den rassistischen Bullenterror gegen Minderheiten entschuldigte. Die Sozialdemokraten dienen als Arbeiterkommis der kapitalistischen Klassenherrschaft — als „linke“ Wächter des niedergehenden Systems, das die faschistischen Terroristen ausbrütet. Die NDP muß im Kampf der Arbeiterklasse gespalten und ihre Arbeiterbasis zur revolutionären Partei gewonnen werden.

Zwar sind jetzt die Faschisten klein, dennoch sind sie die Todfeinde aller Werktätigen und müssen im Keim zerschlagen werden, bevor sie wachsen. Wenn die Kapitalisten ihre Herrschaft bedroht fühlen durch die Arbeiterklasse — wie in Deutschland und Italien in den 20er und 30er Jahren —, wird die Bourgeoisie die faschistischen Mörder finanzieren und ihnen den Aufstieg zur Macht ebnen, um die Arbeiterorganisationen zu zerschlagen. Ohne revolutionäre Führung, zahlte die Arbeiterklasse von Europa einen schrecklichen Preis, als der Nazi-Holocaust zig Millionen Juden, Roma und Sinti, Slawen, Linke und andere ermordete. Wie das TL-Flugblatt zusammenfaßt:

„Gewerkschafter, Minderheiten und eine Menge anderer, die gegen all das sind, wofür die Faschisten stehen, suchen nach einem Weg, wie man gegen ein System zurückkämpft, das sie zu Armut, Erniedrigung, Obdachlosigkeit, zu gebrochenen Gewerkschaften und gebrochenem Leben verurteilt. Eine echte Klassenkampf mobilisierung, um die Faschisten vom ‚Canadian Liberty Net‘ zu stoppen, würde einen Geschmack von der Macht geben, die im Kampf für eine sozialistische Revolution ausgeübt werden muß, um die wurmstichige Herrschaft der kapitalistischen Bosse zu stürzen, die in Metzgers Nazi-Freunden degenerierten Ausdruck findet, und um die Werktätigen, die all den Reichtum dieses Landes schufen, an die Macht zu bringen.“

Nach Workers Vanguard Nr. 568, 29. Januar



Gewerkschafter, Minderheiten und Studenten sammeln sich bei der Kunstgalerie. Spartakisten hatten zu einer massiven, auf Arbeiter gestützten Demonstration aufgerufen, um die Faschisten zu stoppen

Wie der Jüngling Augstein zum Völkischen Beobachter kam

Der Spiegel und das Dritte Reich

Deutschlands vielgepriesene Stimme des Liberalismus, das wöchentliche Nachrichtenmagazin *Der Spiegel*, glänzte in letzter Zeit durch auffallend nationalistische Färbung. Unter dem Herausgeber Rudolf Augstein hatte das Magazin einen Ruf als die weltliche, „kritische“ Alternative zur scharf rechten, antikommunistischen Dreckschleuderei von Axel Springers Medienimperium. *Der Spiegel*, der den Freien Demokraten (deren Mitglied Augstein ist) und den Sozialdemokraten nahesteht, machte sich einen Namen für knallharten Enthüllungsjournalismus durch seine Angriffe auf die Machenschaften des erzreaktionären bayerischen CSU-Führers Franz Josef Strauß und durch seine Aufdeckung von Korruptionsskandalen (Flick, Barschel).

Aber wie wir letzten Sommer feststellten (*Spartakist* Nr. 97, September 1992), hat *Der Spiegel* in den letzten paar Jahren „eine Reihe von hetzerischen Leitartikeln gegen Immigranten, Sinti und Roma usw. abgedruckt“. So zeigte ein Titelblatt (9. September 1991) ein überfülltes Boot *Deutschland*, umringt von Horden von Ausländern, unter der Überschrift „Ansturm der Armen“. Dann gab es noch seine bösertige Verfolgung der sozialistischen DDR-Autorin Christa Wolf.

Ein finsternes Titelfoto zeigte in einer grotesken antisemitischen Schmiererei den PDS-Vorsitzenden Gregor Gysi, darunter stand in riesigen Lettern „Der Drahtzieher“. Dieses „Drahtzieher“-Motiv war direkt einem rassistischen Propagandaplakat des Dritten Reichs entnommen, auf dem das Schmierbild eines „jüdischen Kapitalisten“ abgebildet ist. Bezeichnenderweise erschien dies in der *Spiegel*-Ausgabe vom 15. Januar 1990, gerade als die deutsche Bourgeoisie ihren Feldzug zur Einverleibung des ostdeutschen deformierten Arbeiterstaats eskalierte und direkt nach einer prosovjatischen, antifaschistischen Massenkundgebung im Treptower Park in Ostberlin, die von den Spartakisten initiiert und von der SED-PDS aufgebaut worden war.

Jetzt stellt sich heraus, daß Augsteins nationalistische Delirien kein Zufall sind. Bevor Augstein den *Spiegel* startete, schrieb er für eine andere Zeitung. 1942 wurde der junge zukünftige „Liberal“ von niemand anderem als dem *Völkischen Beobachter* veröffentlicht, „Kampfblatt“ und Zentralorgan von Hitlers Nazis! Dies wurde aufgedeckt in einem Artikel von Christian Michelides im linken Wiener Skandalblatt *Forum* (Dezember 1992). Michelides deutete an, daß der *Spiegel*-Herausgeber an der „Waldheimschen Krankheit“ leide (wie der frühere österreichische Präsident Kurt Waldheim „vergißt“ man dabei, daß man ein Nazi war), und er erzählt, wie er in einer Wiener Ausgabe des faschistischen Dreckblatts vom November 1942 über Rudolf Augsteins Artikel stolperte:

„Plötzlich ist alles sternenklar: Die militant nationalistischen Kommentare Augsteins zum Zusammenbruch des DDR-Regimes, der Satz ‚Unser Problem heißt nach wie vor Frankreich‘ aus dem Jahr 1992, der üppige Platz für faschismusnahe Intellektuelle wie Martin Heidegger und Ernst Jünger ... die aggressiven Attacken – ‚Der Zug ist abgefahren!‘ – gegen Günther Grass, der historisch-moralische Zweifel an der Vereinigung äußert, die Verpflichtung ehemaliger SD/SS-Mitarbeiter als Redakteure seiner Zeitschrift, der latente Antisemitismus in frühen Jahrgängen des ‚Spiegel‘ und so weiter, und so fort.“

Unsererseits können wir noch ein paar mehr ausgesprochen bizarre Dinge hinzufügen, die uns aufgefallen sind,

seit Augsteins Magazin in den letzten paar Jahren die Rolle der ideologischen Speerspitze für den aggressiven „Drang nach Osten“ des deutschen Imperialismus übernommen hat.

In seiner Ausgabe vom 22. April 1991 interviewte *Der Spiegel* den deutschen Wissenschaftler Carl Friedrich von Weizsäcker über seine Rolle bei Hitlers erfolgreichem Atombomben-Projekt. Sie stellten dem Physiker herrische Fragen, warum das Atombomben-Team keinen Erfolg hatte: „Konnten oder wollten“ die Wissenschaftler die Bombe nicht bauen? Sie zitierten „Zeitgenossen“, die „irritiert“ waren „über die Haltung der deutschen Physiker“ und verlangten zu wissen: „Und trugen sie so zur Niederlage ihres Landes bei? Hätten sie das auch getan, wenn sie gewußt hätten, daß ihr Land ernsthaft von einem atomaren Angriff bedroht war?“

Zwei Monate später wurde diese Rhetorik der „Dolchstoßlegende“ gegen Marlene Dietrich vom Stapel gelassen, die ihre deutsche Staatsbürgerschaft aufgab, nachdem Hitler 1933 an die Macht kam. *Der Spiegel* (17. Juni 1991) griff die Tatsache auf, daß die Schauspielerin für die USO (United Services Organization) an der Westfront Vorstellungen gab, und fragte: „Sind Sie je in [amerikanischer] Uniform im besiegten besetzten Deutschland gewesen?“ Die Interviewer bemerkten anzüglich, die Aussage der Schauspielerin, daß sie an der Schlacht von Bastogne teilgenommen habe, „könnte man mißverstehen, Sie hätten auf die Deutschen geschossen“! Um es abzurunden, fragten sie hinterlistig nach: „Welche positiven Erinnerungen haben Sie an Deutschland – falls überhaupt?“

Dann erschien da eine Titelgeschichte über den 50. Jahrestag der Schlacht von Stalingrad, den gewaltigen Sieg der Roten Armee gegen die Nazi-Invasoren (*Der Spiegel*, 7. September 1992). Der Untertitel lautet: „Rudolf Augstein über den Mythos einer Schlacht“! In seinem Essay gibt der Herausgeber Hitler die Schuld für das Gemetzel an seinen früheren Wehrmacht-Kriegskameraden und sagt, dem Führer „ist es gelungen: die Vernichtung einer ganzen Armee ‚bis zum letzten Hauch von Roß und Mann‘.“ Das ist genau das Zeug von der blühenden Industrie der „revisionistischen“ Historiker, die das Dritte Reich entschuldigen.

In der abgedroschenen Tradition der Mietlinge des Dritten Reichs, die „nur Befehle befolgt“ hätten, hat Augstein nun Michelides mit einer Reihe von lahmen Ausreden geantwortet (*Der Spiegel*, 21. Dezember 1992). Damals sei er noch ein junger Mann gewesen. Damals schrieb er für eine andere Zeitung, die dann sein Material an die Presse der Naziartei weitergegeben hätte. Er hätte gar nicht gewußt, daß der *Völkische Beobachter* sein Werk veröffentlicht hat. Warum auch, er hätte für den Artikel noch nicht einmal Geld bekommen (na ja, nur 25 Mark von der Agentur), und, und, und – der endgültige Beweis seiner guten Absichten – die britischen Besatzungsbehörden erklärten ihn nach dem Krieg als „clean“!

Die Entlarvung von Augsteins „jünglingshaftem Feuilleton“ ist eine weitere Bestätigung, daß das Vierte Reich der Nachfolger des Dritten ist. Auch widerspricht Augsteins Sympathie für die sozialdemokratischen Sprecher des deutschen Imperialismus in keiner Weise seinen immer tollwütigeren nationalistischen „Exzessen“. Wenn die SPD das Trojanische Pferd für die kapitalistische Konterrevolution in Ostdeutschland war, wie wir nachdrücklich betont haben, dann ist Augsteins *Spiegel* sicherlich das „Kampfblatt“ für großdeutschen Revanchismus. ■

CDU/SPD: „Solidarpakt“ gegen die Arbeiter

Machtprobe...

Fortsetzung von Seite 1

gen werden. Aber isolierte Proteste werden keinen Erfolg haben, wenn nicht die schweren Bataillone des Proletariats – in Ost und West, mit dem Bestandteil der strategisch wichtigen und kämpferischen Immigranten – im gemeinsamen Kampf mobilisiert werden.

Denn es rollt eine konzertierte Offensive der Kapitalisten. Die Kohle-Industriellen drohen, zusätzlich Tausende im Revier zu entlassen. Gleichzeitig kündigte Gesamtmetall einseitig die Tarifverträge, nach denen die Löhne in der Ex-DDR am 1. April auf 82 Prozent des Westniveaus steigen sollten. Während Regierung, Industriearbeiter und SPD-„Opposition“ von einem „Solidarpakt“ reden, greifen sie zur alten Teile-und-herrsche-Taktik. Als Folge der internationalen Stahlkrise wollen die West-Bosse die Produktion im Gebiet des früheren ostdeutschen Arbeiterstaats ganz einstellen. Krupp-Hoesch spielt die Stahlarbeiter in Dortmund und Duisburg gegeneinander aus. Aber das könnte ins Auge gehen. Am 10. Februar kamen etwa 25 000 Metal-ler aus Ost und West in Magdeburg zu einem Protest.

Das Potential für harten Klassenkampf ist enorm. Doch durch die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie sind den Arbeitern die Hände hinter ihrem Rücken gefesselt. Fackelzüge sind zur Verhinderung von Entlassungen genauso impotent wie Lichterketten bei der Abwehr von Angriffen auf Immigranten – und solche nationalistischen Volksfronttaktiken sind genauso verräterisch und ketten die deutschen Arbeiter an die deutsche Bourgeoisie.

Ein Stahlarbeiter-Banner, gerichtet an die Bonner Politiker, erklärte: „Du brauchst deutsche Kohle und deutschen Stahl“. Die Führung von DGB/IG Metall ruft zu einem Monat der „Aktionen“ auf, dessen Höhepunkt am 26. März ein „Marsch von 100 000“ auf Bonn sein soll. Dies könnte leicht in einen nationalistischen Marsch auf Brüssel verwandelt werden, wo SPD-Politiker, angeführt von NRW-Ministerpräsident Rau, gegen amerikanischen Protektionismus und gegen Billigimporte aus Osteuropa wettern.

Viele Stahlarbeiter beschwerten sich, daß der 26. März zu spät sei. Doch der Zweck von dieser Verzögerung und von einem Monat lokaler Aktionen ist es, Dampf abzulassen. *Weil die SPD-Politiker und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die Schließung der Stahlwerke unterstützen.* Die SPD-Landesregierung sagt, sie könne „weder die bedrohten Arbeitsplätze noch die gefährdeten Betriebsstandorte sichern“ (*Westdeutsche Allgemeine Zeitung*, 18. Februar). Und der IG-Metall-Vorsitzende Steinkühler erklärt, die Gewerkschaft sei „ratlos, angesichts einer Situation, daß Hunderttausenden Arbeitslosigkeit droht. Wir haben nichts anzubieten“ (*Berliner Zeitung*, 17. Februar).

Hör mal zu. Da ist der Chef einer Arbeiterorganisation mit mehr als drei Millionen Mitgliedern, die sich rühmt, die „stärkste Gewerkschaft der Welt“ zu sein, und er bekennt, er könne angesichts eines Frontalangriffs auf seine Mitglieder nichts tun! Dies ist eine verblüffende Bankrotterklärung des Reformismus in der Epoche des kapitalistischen Niedergangs. Fakt ist: Die IG Metall und die anderen Industriegewerkschaften haben eine gewaltige Macht. Was sie lähmt, ist die prokapitalistische Politik ihrer Führer. Mit der Forderung nach einer „nationalen Stahlkonferenz“ betteln Steinkühler, Rau und Engholm um die Fortsetzung der institutionalisierten Klassenzusammenarbeit der „sozialen Marktwirtschaft“, zusammengefaßt in dem Schwindel der „Mitbestimmung“.

Nachdem die Herrscher des Vierten Reichs die „Bürden“ einer Weltmacht übernommen haben, sind sie fest entschlossen, die Ausbeutungsrate hochzuschrauben. Kaum zweieinhalb Jahre nach der kapitalistischen Wiedervereinigung ist es fast allgemein anerkannt, daß der Wohlfahrtsstaat „Modell Deutschland“ der Vergangenheit angehört. Steinkühler selbst erkennt dies und spricht vom „Gespenst der Systemkrise“. Doch militante Kampfmaßnahmen für eine kürzere Arbeitswoche bei vollem Lohnausgleich und für gleichen Lohn für gleiche Arbeit könnten die ökonomisch mächtigen Industriearbeiter des Westens mit Millionen ihrer Klassenbrüder und -schwestern im Osten zusammenbringen, von denen jetzt die Hälfte ohne Arbeit ist und die aus ihrer eigenen Erfahrung wissen, daß Arbeitslosigkeit in einer Planwirtschaft beseitigt werden kann. Doch eine Planwirtschaft kann nicht in einem einzelnen Land aufrechterhalten werden, erst recht nicht in einem halben Land.

Die EG-Stahlbarone haben die italienischen und spanischen Arbeiter genauso im Visier wie die Arbeiter in Deutschland. Mitten in einer europaweiten Rezession – aber auch einem europaweiten Arbeiteraufbruch – unterstreicht die Machtprobe in Deutschland die entscheidende Bedeutung des Kampfes für eine internationalistische, revolutionäre Führung der Arbeiterklasse. Die Lösung genau dieser Schlüsselfrage ist Aufgabe der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands.

Klassenkampf im Vierten Reich

Die imperialistische Regierung in Bonn hat seit 1990 die größte feindliche Übernahme der Geschichte abgewickelt, als sie sich den bürokratisch deformierten Arbeiterstaat DDR einverleibte, ihn zerstörte und die wirtschaftliche Oberherrschaft in ganz Osteuropa errichtete. Nur – sie haben es auf Pump gemacht und wollen, daß die Arbeiter dafür aufkommen. Doch jetzt sitzen sie mit ihren riesigen Schuldenbergen in der Scheiße, und die Arbeiter in diesem Land haben überhaupt keine Lust, für deren Raubgier zu bezahlen. Christdemokraten, Freidemokraten und Sozialdemokraten streiten über die Bedingungen des heuchlerischen sogenannten „Solidarpaktes“, wobei die SPD sich der Regierungskoalition bei der Vernichtung des Asylrechts und beim „verfassungsmäßigen“ Einsatz der Bundeswehr auf der ganzen Welt anschließt. Der vom „Lügenkanzler“ vorgeschlagene Pakt zielt auf alles andere ab als auf Solidarität, sondern vielmehr darauf, die Bevölkerung an „harte Zeiten“ zu gewöhnen mit weniger Arbeitslosengeld, weniger Urlaubs- und Krankentagen sowie höheren Steuern.

Beim Versuch, sinkende Profite hochzutreiben, hat Kohl die Privatisierung von Post und Bahn in Gang gebracht. Doch mit dem Vorschlag, Gebühren für die geheiligten Autobahnen einzuführen, hat er sich vielleicht ins eigene Bein geschossen. Die Bourgeoisie klopft zwar harte Sprüche, aber seit Kohl beim ÖTV-Streik im Mai letzten Jahres eine Backpfeife erhielt, guckt die deutsche herrschende Klasse nervös auf ihre Bankbücher. Doch jetzt würgte die ÖTV-Chefin Wulf-Mathies im Januar ihren Mitgliedern im Westen einen 3-Prozent-Deal rein. Die Führer dieser mächtigen Gewerkschaften setzen also Reallohnkürzungen durch.

Dies spitzt sich bei den ostdeutschen Metallern zu, wo die Bosse den Tarifvertrag zerfetzt haben, während Löhne und Sozialleistungen gerade mal bei der Hälfte des Westniveaus liegen. Die Bourgeoisie hat eindeutig das Ziel, die angeschlossenen Ostländer in ein Billiglohnreservat umzuwandeln. Der IG-Metall-Führer von Berlin-Brandenburg, Wagner, nannte es eine „Kriegserklärung“ und versprach

SPD/DGB-Bonzen fungieren als Transmissionsriemen für Chauvinismus und Nationalismus in der Arbeiterbewegung. Notwendig ist internationale revolutionäre Führung, die für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa kämpft



„härtesten Widerstand“. Aber während Wagner von Streiks „Betrieb für Betrieb“ spricht, nannte der BDI-Chef Streiks das „weitaus kleinere Übel“.

Die Bosse rechnen eindeutig damit, daß bei derartiger Massenarbeitslosigkeit (der DGB verlor letztes Jahr eine Million Mitglieder, über 600 000 im Osten aufgrund von Entlassungen) die Gewerkschaften nicht in der Lage sein würden zu streiken. Und sie vertrauen auf IGM/DGB, daß sie wie üblich Teil- und „Warn“-streiks einsetzen. Aber die Metallindustrie bleibt der strategische Kern der deutschen Industrie. Solide nationale Streikaktionen von Stahl-, Metall-, Kohle- und Autoarbeitern, Ost und West, die Betriebsbesetzungen einschließen, würden eine enorme Macht haben, besonders in Verbindung mit den Arbeitern im Transportwesen und öffentlichen Dienst, die empört sind über die Lohnkürzungen, die ihnen gerade aufgedrückt wurden, und in Zusammenarbeit mit den Stahlarbeitern im übrigen Europa. Was notwendig ist, ist ein klassenkämpferisches Programm und eine Führung, die diese Macht mobilisiert.

Die ostdeutschen Arbeiter sind empört: Nach der „Einigungslüge“ kommt die „Lohnlüge“. Ostdeutschland ist heute keine „blühende Landschaft“, sondern ist verwüstet worden. Die Industriearbeitsplätze wurden zu 75 Prozent vernichtet, als die kapitalistischen Sieger darangingen, die Arbeiterklasse zu atomisieren. Doch das Bewußtsein großer Teile der Werktätigen in der Ex-DDR geht bei all ihrer Wut nicht über reinen Ökonomismus hinaus. Jeder ernsthafte Arbeiterwiderstand gegen die Folgen der Konterrevolution muß genau wegen der Wirtschaftskrise zu einer politischen Herausforderung der Herrschaft des Kapitals werden.

Auch im Westen sind viele Arbeiter sauer auf die Wiedervereinigung und sagen, die Berliner Mauer hätte bleiben sollen. Aber dies kann leicht in Anti-Ossi-Chauvinismus ausarten. Und die Gewerkschaftsböden mit ihrem Programm des bornierten Gewerkschaftertums unterstützen letzten Endes solche Stimmungen. Die Antwort von Steinkühler & Co. besteht darin, sich auf den (kapitalistischen) Staat zu verlassen und Druck dafür zu machen, daß die SPD in die Regierung kommt. Die PDS von Gysi, und inzwischen Bisky, unterstützt die SPD-Version eines „Solidarpaktes“ – anstelle von „Butter statt Kanonen“ fordern sie diesmal „Bauhelme statt Blauhelme“. Das protektionistische Gift, das die SPD heute versprüht, führt morgen zu den *Gewehrläufen* des interimperialistischen Krieges.

1987/88 strömten die Stahlarbeiter im Ruhrgebiet zusammen – viele ihrer besten und aktivsten Kämpfer sind türkischer und kurdischer Herkunft –, um die Stilllegung des Stahlwerkes Rheinhausen durch den Krupp-Boß Cromme zu

verhindern. Die Besetzung der Hütte sowie der Management-Etagen und die Übernahme der „Solidaritätsbrücke“ über den Rhein schufen, in den Worten eines SPD-Parlamentariers, eine „vorrevolutionäre Situation“ (WAZ, 18. Februar 1988). Doch es gab keine revolutionäre Partei, um diesen Widerstand gegen „Crommes Coup“ zu einem Kampf um die Macht weiterzutreiben. Das bankrotte Programm, den Kapitalismus zu „reformieren“, führt jetzt zur Zerstörung der gewerkschaftlichen Errungenschaften. Statt dessen rufen wir Trotzlisten zu einem Programm von Übergangsforderungen auf, die von den Tagesnöten bis zum Sturz des kapitalistischen Boom-Pleiten-Systems von Arbeitslosigkeit, Rassismus und imperialistischem Krieg führen.

Der „Roma-raus“-Rassismus von Rau und Lafontaine schürt genauso den rassistischen Terror wie der „Kaufdeutsch“-Protektionismus der SPD/DGB-Führung. Und wie Rostock und Mölln gezeigt haben, will der Nazi-Terror die Arbeiterklasse aufsplintern und einschüchtern, indem er zuerst ihren strategischen Anteil an Immigranten angreift.

Die Spartakisten, die unerbittlich gegen den kapitalistischen Anschluß kämpften, während andere sogenannte Sozialisten über den Preis für den Ausverkauf der DDR feilschten, kämpfen heute dafür, daß die klassenbewußten Arbeiter die Führung übernehmen im Kampf gegen die antikommunistische Hexenjagd. Sie müssen Arbeiterverteidigungsgruppen zum Schutz der eingewanderten Kollegen gegen die mörderischen Angriffe der Nazis bilden, die die streikbrechenden Sturmtruppen für das Kapital stellen werden. Wie Trotzki 1938 im Übergangsprogramm schrieb:

„Streikbrecher und Privatgendarmen in Fabrikanlagen sind die Keimzellen der faschistischen Armee. *Arbeiterstreikposten* sind die Keimzellen der proletarischen Armee... Im Zusammenhang mit jedem Streik und jeder Straßendemonstration muß man unbedingt die Notwendigkeit der Schaffung von *Arbeitertrupps zur Selbstverteidigung* propagieren.“

Seit der Weltwirtschaftskrise während der Weimarer Republik gab es nie so viele Arbeitslose in Deutschland wie jetzt im Osten. Die Krise im Ruhrgebiet ist die schärfste seit der „Stunde Null“ nach der Zerschlagung von Hitlers Drittem Reich. Es wird kein „zweites Wirtschaftswunder“ für den deutschen Kapitalismus geben. Letztes Frühjahr provozierten die deutschen Bankiers die Explosion des Europäischen Währungssystems; heute droht ein Handelskrieg mit den USA. Die sich verschärfende Rezession in Deutschland zieht Europa mit runter ins wirtschaftliche und politische Chaos, das Jahre dauern könnte.

Es ist dringender denn je notwendig, eine trotzkistische Partei zu schmieden, die den Kampf für die sozialistische Revolution führt, um dieses bankrotte System hinwegzufegen. ■

AP

Malcolm X...

Fortsetzung von Seite 32

unwiderstehliche Schauspieler Denzel Washington ist ein Malcolm X, dessen Botschaft es ist, die Rasse dadurch zu erheben, daß man sich am eigenen Schopf hochzieht, sauber bleibt und sich selbst befreit aus dem „Gefängnis im eigenen Kopf“. Wohl kaum ein Programm zur revolutionären Veränderung der Gesellschaft! Trotz seiner Absichten und Ansprüche, ein „schlimmer“ schwarzer Filmemacher zu



Workers Vanguard

Schwarze Jugendliche verehren Malcolm X, hier in Wandmalerei an Locke-Hochschule in South Central LA

sein, hat Spike Lee es geschafft, Malcolm X zu verwandeln in einen ... *Liberalen!* Durch Lees Linse betrachtet, kommt Malcolm X aus Mekka zurück als Kombination von Ghandi und Martin Luther King Junior. Eine Generation nach den prägenden Schlachten der Bürgerrechtsbewegung stellt die revisionistische schwarze Geschichtsschreibung Malcolm und Martin als Partner dar im gemeinsamen Kampf für die Rechte der Schwarzen. Doch die politische Rolle von Malcolm X bestimmte sich *gegen* King und all die Prediger der *liberalen* Anpassung an die rassistische Machtstruktur.

Die gegenwärtige Generation von schwarzen Intellektuellen existiert überwiegend entfernt von politischen Massenkämpfen, so daß sie nicht programmatisch oder strategisch denken kann. Gewaltloser Widerstand kontra bewaffnete Selbstverteidigung, Unterstützung des liberalen Flügels der Demokratischen Partei kontra unabhängige politische Aktion, die Beziehung der nationalen Befreiungskämpfe in Afrika und Asien zur Bewegung der amerikanischen Schwarzen – dies sind die Fragen, die Malcolm X prägten und seine Anziehungskraft bestimmten. Da Lee nicht das politische Klima der 60er Jahre darstellt, bleiben die Entwicklung von Malcolm X und die spezifischen Positionen, die er im Film bezieht, unerklärlich.

Lee sieht Malcolm X durch die Perspektive der selbstbewußten schwarzen Intelligenz aus den renovierten roten Sandsteinhäusern von Bedford-Stuyvesant und Fort Greene. Von seinen früheren Filmen, produziert von seiner Filmgesellschaft „40 Acres and a Mule Productions“, über Spike's Boutique im Kaufhaus Macy's bis zu *Malcolm X*, konzen-

triert sich Lee auf die *persönliche* Entwicklung und wirbt für „schwarzen Kapitalismus“. Wenn er bei der Vermarktung von „X Air-Freshener“ („Gerüche beseitigen mit allen notwendigen Mitteln“) die Linie zieht, so nur deshalb, weil dieses Produkt zu wenig Niveau hat für das Publikum, das Lee im Visier hat. Grundsätzlich ist diese Weltanschauung kein Feind der amerikanischen kapitalistischen Herrschaft. Daher ist es kein Zufall, daß Lees Malcolm sich als gefahrlos für die Bourgeoisie herausstellt: *Malcolm X* bekam glänzende Kritiken, unter anderem im *Wall Street Journal*.

Vom Straßenganoven zum moslemischen Geistlichen

Der Film ist am besten und entspricht dort am genauesten der *Autobiographie*, wo er Malcolms frühe Jahre wiedergibt. Das Zuhause von Malcolm Littles Familie wird völlig niedergebrannt von Klan-Männern mit Robe und Kapuze, die später seinen Vater ermorden, ein Anhänger von Marcus Garvey und ein stolzer Mann, der sich weigerte, sich der weißen Vormachtstellung zu beugen. Seiner Mutter wird dann das Sorgerecht für ihre Kinder abgesprochen, und der Staat nimmt Malcolm und alle seine Geschwister und verteilt sie auf verschiedene Pflegeheime. Malcolm wächst mit Weißen auf, die ihn so routinemäßig „Nigger“ nennen, daß er nicht einmal weiß, daß es ein Kampfwort ist. Er zeichnet sich in der Schule aus und hofft, ein Anwalt zu werden, läßt sich aber davon abbringen durch einen weißen Lehrer, der ihn von oben herab behandelt und der Malcolm dafür tadelt, daß er eine Stellung im Leben anstrebt, die über das hinausgeht, was die weiße Gesellschaft für einen Schwarzen als passend bestimmt hat.

Nach einer Reihe von Jobs ohne Zukunft, wo er Schuhe putzt und Sandwiches austellt, während er bei der Eisenbahn arbeitet, findet Malcolm (alias „Detroit Red“) ein lukrativeres Treiben als Handlanger von „West Indian Archie“, der ein Schwindelgeschäft von mickeriger Größe leitet, und er zieht in Harlem mit einer Blondine zusammen. Ein Streit unter Dieben läßt Malcolm nach Boston davonlaufen, wo er seinen eigenen Einbrecherring aufbaut. Als junger Mann, der unter den geistigen Peitschenhieben des weißen Mannes gelitten hat, hat Malcolm die rassistische Unterdrückung verinnerlicht. Er verbrennt seine Kopfhaut mit Lauge, um sein Haar zu entkrausen, lächelt dann und sagt: „Sieht weiß aus, wa?“ Malcolm landet im Knast wegen Einbruchs, ein Verbrechen, das normalerweise zwei Jahre bringt; doch er und sein Kumpel „Shorty“ werden zu *zehn Jahren* verurteilt. Malcolm erkennt, daß in den Augen des rassistischen Richters (gespielt vom radikalen Anwalt William Kunstler, einer der vielen Insider-Witze des Films) sein wirkliches Verbrechen darin besteht, mit einer weißen Frau geschlafen zu haben.

Malcolm war so wütend und widerspenstig, daß sein Spitzname im Gefängnis „Satan“ war. Um Malcolm zu brechen, werfen die Wärter ihn ins „Loch“ – Einzelhaft. Ernest Dickerson – der talentierte Kameramann bei allen Filmen von Spike Lee – fängt auf brillante Weise ein, was für eine rassistische Hölle Amerikas Gefängnisse sind. Man *spürt* den unaufhörlichen Terror der Einzelhaft, die Angst davor, den Verstand zu verlieren, wenn man in Dunkelheit, Dreck und wirren Lärm eingehüllt ist. Wenn ein gebrochener Malcolm ins grelle Licht stürzt und für den Wärter seine Gefängnisnummer murmelt, spürt man rasende *Wut* darüber, wie er entmenschlicht worden ist. (Diese Filmpassage sollte Jugendliche dazu anspornen, sich über den Kampf zu informieren, den das Partisan Defense Committee [mit der Spartacist League/U.S. verbundene Verteidigungsorganisation; in Deutschland Komitee für soziale Verteidigung] im Interesse der vielen Kämpfer führt, die immer noch in diesem Land hinter Gittern sitzen wegen des

September 1960: Der kubanische revolutionäre Staatschef Fidel Castro übernachtete in Solidarität mit den amerikanischen unterdrückten Schwarzen im Hotel Theresa in Harlem. Hier beim gemeinsamen Essen mit dem Hotelpersonal



Andrew St. George

„Verbrechens“, mit der rassistischen amerikanischen Regierung in Konflikt geraten zu sein – Männer wie die früheren Black Panther Mumia Abu-Jamal und Geronimo Pratt sowie der Streikende Bob Buck aus West Virginia.)

Im Gefängnis wird Malcolm zu den Black Muslims von Elijah Muhammad bekehrt – eine religiöse Sekte, die manche, die nach einem Ausweg aus dem gesellschaftlichen Krankheitszustand von Amerikas Gettos suchen, dadurch anspricht, daß sie Selbstachtung predigt und den Verzicht auf Drogen, Verbrechen und eine Menge anderer Dinge, vom Schweinefleisch bis zum Sex. Der puritanische Moral-kodex der Black Muslims trieft vom Gerede über „weiße Teufel“ und „black empowerment“ (Macht den Schwarzen) – eine Pose, die aufsässig aussieht, sich aber in Wirklichkeit dem rassistischen Status quo fügt, da sie für völlige und totale Rassentrennung ist. *Malcolm X* zeigt dies in einer Szene: Als Jackie Robinson die Schranke der Hautfarbe in den großen Sportvereinen zerschlug, schwangen schwarze Häftlinge ihre Baseball-Schläger vor Freude und schlugen beim Ballspiel im Gefängnishof vernichtend ein weißes Team. Doch Malcolms moslemischer Erzieher im Gefängnis spottet darüber; Malcolm sagt später: „Es gibt nur eins, was ich integriert mag. Meinen Kaffee.“ Was die „Macht“ betrifft, so streben die Black Muslims Geschäfte an, die Schwarzen gehören, so daß eine Schicht von „rechtschaffenen“ Schwarzen die Massen in den Gettos selbst ausbeuten kann. Schwarzer Nationalismus sucht ein reaktionäres utopisches „Wunderland“ in einer Zeit, wo der ganze amerikanische Kapitalismus schrumpft.

Ein Sprecher für militante Selbstverteidigung

Nach sieben Jahren Gefängnis wurde Malcolm freigelassen, und er wurde schnell der ergebenste und fähigste Geistliche für Elijah Muhammad. Wenn man sieht, wie Spike Lee das erzählt, könnte man denken, daß Malcolm X dadurch Unterstützer zum Tempel Sieben in Harlem und landesweit anzog, daß er den Glauben predigte. *Nein!* Gerade weil er vom Mystizismus der Muslims wegging und mit messerscharfer Kritik über die aktuellen Rassenbeziehungen und Kämpfe der Schwarzen sprach, fand er in Harlem und darüber hinaus eine persönliche Anhängerschaft. Malcolm X attackierte die unterwürfige christliche Führung der Bürgerrechtsbewegung und ihre heiligen Kühe, wie es niemand vorher oder nachher getan hat. Malcolm X beschrieb, wie King den Marsch auf Washington für eine lahme „Farce in Washington“ an die Kennedy-Regierung ausverkaufte, und donnerte:

„Wenn ihr denkt, ich erzähle euch etwas Falsches, dann bringt mir Martin Luther King und A. Philip Randolph und James Farmer und jene anderen drei und seht, ob sie es über Mikrofon leugnen werden. Nein, es war ein Ausverkauf. Es war eine Übernahme... Sie kontrollierten es so streng, sie sagten jenen Schwarzen, zu welcher Zeit sie die Stadt erreichen, wie sie kommen, wo sie anhalten, welche Plakate sie tragen, welches Lied sie singen sollten, welche Rede sie halten könnten und welche nicht; und dann sagten sie ihnen, sie sollten bei Sonnenuntergang aus der Stadt verschwinden. Und jeder einzelne dieser Toms war bei Sonnenuntergang aus der Stadt raus... Es war ein Zirkus, eine Aufführung, die alles schlägt, was Hollywood je bieten könnte, die Vorstellung des Jahres. Reuther und jene anderen drei Teufel sollten einen Akademiepreis als beste Schauspieler kriegen, denn sie taten, als ob sie wirklich Schwarze liebten, und hielten eine ganze Menge von Schwarzen zum Narren. Und die sechs schwarzen Führer sollten auch einen Preis kriegen, für die beste Nebenrolle.“ („Message to the Grass Roots“, *Malcolm X Speaks* – Botschaft an die Graswurzeln, Malcolm X spricht)

Lees Film zeigt die Achtung und Unterstützung, die Malcolm von Nicht-Muslims in Harlem entgegengebracht wurde, weil er den dramatischen Protest organisierte vor dem 28. Polizei-Revier, wo ein Muslim-Bruder blutend lag, nachdem er von der Polizei zusammengeschlagen worden war. Malcolm erzählt in seiner *Autobiographie*: „Hunderte von Schwarzen in Harlem hatten gesehen, und Hunderttausende hatten später gehört, wie wir gezeigt hatten, daß fast alles erreicht werden könnte durch Schwarze, die dem Weißen ohne Furcht gegenübertraten.“ Die Regierung fürchtete Malcolm (der stellvertretende Chefinspektor des 28. Reviers sagte: „Kein einzelner Mensch sollte so viel Macht haben“) und sorgte dafür, daß er gegenüber einem Angriff ungeschützt blieb. Die strengen Waffenkontrollgesetze von New York City gehen direkt auf die Gesetze zurück, die vom Stadtrat gegen das Tragen von Gewehren oder Schrotflinten in der Öffentlichkeit durchgepeitscht wurden – das Gesetz zielte darauf ab, Malcolm X daran zu hindern, seinen Karabiner im Auto dabeizuhaben.

Doch wie Malcolm selbst zugab, wurden die Muslims gesehen als Leute, die „hart reden, doch sie tun nie irgend etwas, außer jemand belästigt Muslims“. Das stimmte. Während Malcolm gegen jede Art von Integration predigte, kämpften die Massen der Schwarzen dafür, das Jim-Crow-

Fortgesetzt auf Seite 28

Malcolm X...

Fortsetzung von Seite 27

System zu zerschlagen und die gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Integration in die amerikanische Gesellschaft zu erreichen. Malcolm X war ein außenstehender Kritiker der Bewegung für die Gleichheit der Schwarzen. Die jungen Aktivisten im Student Nonviolent Coordinating Committee (SNCC – gewaltloses Koordinierungskomitee der Studenten) waren es immer mehr leid, schweigend den rassistischen Pöbel zu ertragen, der bei Sit-ins an der Essensstheke in der Mittagspause Senf in ihr Haar schmierte oder, noch schlimmer, Schrotladungen in ihre Wohnungen feuerte. Sie hatten Kings Pazifismus satt und sprachen von ihm verächtlich als „De Lawd“ (Dialekt für „den Herrn“, Lord = Gott).

Diese Armee von Bürgerrechtskämpfern war das wirkliche Publikum von Malcolm X. Lee hat einfach kein Verständnis davon, wie aufgewühlt und polarisiert die Zeit war, in der Malcolm Bekanntheit erlangte. Die gesamte schwarze Bevölkerung war politisch mobilisiert, wie auch eine ganze Generation von weißen liberalen/radikalen Jugendlichen. In dem Film existieren diese Menschen nicht für Malcolm X – aber sie waren seine wirkliche Massenbasis, nicht die Handvoll Schwarze, die der Nation of Islam beitrug. In Wirklichkeit war Malcolms Mitgliedschaft in der Nation, die sich aus gesellschaftlichen Kämpfen heraushielt, ein großes Hindernis für die Zunahme seines Einflusses – eine Tatsache, die seiner Abspaltung zugrunde lag.

Wie wir in unserer Ehrung 1984, „Malcolm X: Mutiger Kämpfer für die Befreiung der Schwarzen“, schrieben:

„Malcolm personifizierte in extremem Maße den grundlegenden Widerspruch des schwarzen Nationalismus. Als eine Doktrin kann Nationalismus manchmal militante Schwarze anziehen, die zutiefst entfremdet sind von dieser rassistischen Gesellschaft und die keine Illusionen haben, daß diese reformiert werden könnte. Doch amerikanische Schwarze sind keine Nation. Sie sind eine unterdrückte, durch die Hautfarbe definierte Kaste, die in die amerikanische kapitalistische Gesellschaft integriert ist und gleichzeitig durch Rassentrennung mit Gewalt ganz unten gehalten wird. Der Aufruf von Elijah Muhammad an die Regierung der Vereinigten Staaten, einer separaten schwarzen Nation mehrere Staaten zuzusprechen, hatte mehr von einem Wolkenkuckucksheim an sich als irgendeiner der Träume von King. Separatismus ist kein Programm für gesellschaftliche Kämpfe im

rassistischen Amerika.“ (*Black History and the Class Struggle* Nr. 2)

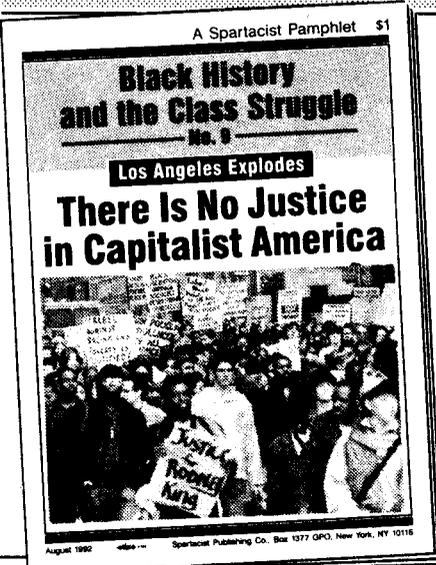
Während die Black Muslims sich vom Kampf abseits hielten, fühlten sich junge radikale Schwarze von der Forderung nach „black power“ genau deshalb angezogen, weil die liberale Bürgerrechtsbewegung unfähig war, die systematische rassistische Unterdrückung anzusprechen, die zu diesem kapitalistischen System gehört. Dies spitzte sich im Norden zu, wo es klar war, daß trotz formaler Rechtsgleichheit Schwarze in der amerikanischen Gesellschaft immer noch durch Rassentrennung mit Gewalt unten gehalten werden, durch wirtschaftliche Faktoren wie Arbeitsplatz, Ausbildung und Wohnung. Ihre Frustration explodierte in den Gettoaufständen der 60er Jahre, und anschließend führte die Verzweiflung über das Scheitern der liberalen Integration zur Ausbreitung von verhärtetem schwarzen Nationalismus. Daß schwarze Kämpfer zum entscheidenden Zeitpunkt nicht das marxistische Programm der *revolutionären Integrationspolitik* kennenlernten, liegt zum großen Teil an der Kapitulation der Socialist Workers Party vor dem schwarzen Nationalismus und daran, daß die SWP sich in krimineller Weise aus dem Kampf im Süden raushielt (zu einer vollständigeren Analyse dieser Periode siehe die Spartacist-Broschüre „On the Civil Rights Movement“, *Black History and the Class Struggle* Nr. 2).

„Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein“

Während Spike Lee Malcolms moralische Entrüstung darüber hochspielt, als dieser entdeckt, daß Elijah Muhammad sexuelle Abenteuer mit jungen Muslim-Frauen hatte und ein pompöses Leben führte, war der unmittelbare Auslöser für den Bruch von Malcolm X mit der Nation of Islam seine kühne und schonungslose Einschätzung des Kennedy-Mordes, daß dies ein Fall sei, um das Sprichwort anzuwenden: „Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein.“ Der Film zeigt den enormen Mut, den Malcolm X mit seiner Stellungnahme inmitten einer nationalen Orgie von patriotischer Trauer gezeigt hat (selbst vorgeblich „sozialistische“ Gruppen wie die Kommunistische Partei und die Socialist Workers Party überschlugen sich darin, Beileidsbriefe an die First Lady zu schicken). Und Elijah Muhammad war außer sich darüber – trotz aller Rhetorik über den „weißen Teufel“ –, daß sein Schüler mit solch einem Affront gegen die weiße herrschende Klasse loslegte, denn das wäre sehr schlecht fürs Geschäft.

Aber weil Lee nicht den blutigen Terror zeigt, den die

Spartacist-Broschüren – Black History and the Class Struggle

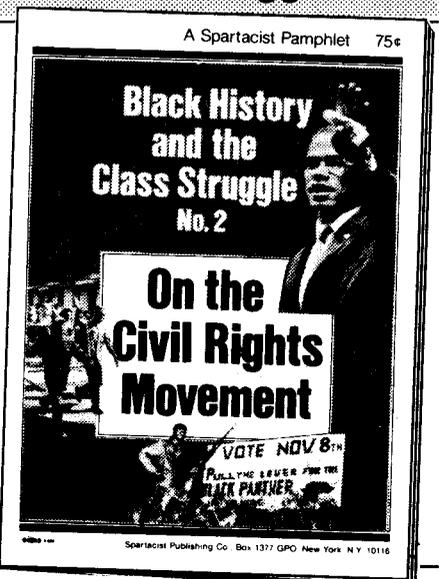


Von Malcolm X bis zum Aufstand in Los Angeles

Nr. 2: Eine Würdigung, „Malcolm X: Mutiger Kämpfer für die Befreiung der Schwarzen“ und „SNCC: ‚Black Power‘ und die Demokraten“. Die Nr. 2 in dieser Serie konzentriert sich auf die Bürgerrechtsbewegung. Pflichtlektüre für alle, die sich mit dieser Periode befassen, und für alle Kämpfer für die Befreiung der Schwarzen.

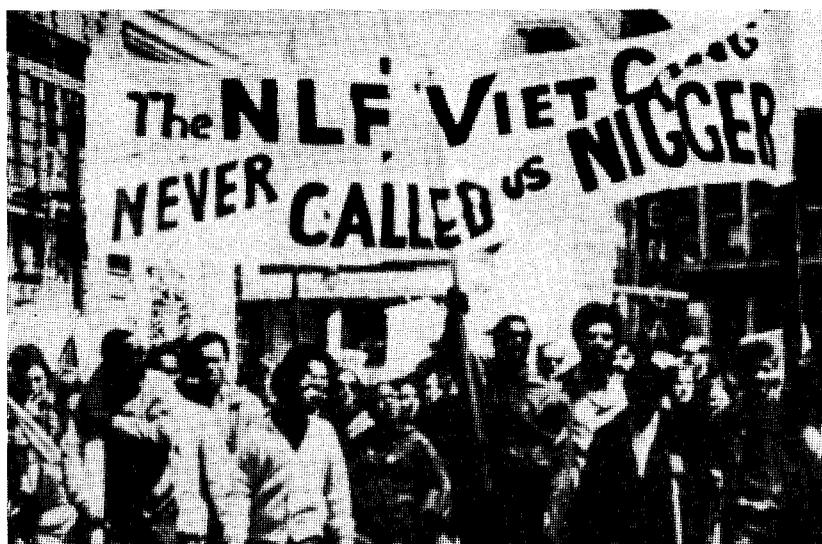
Nr. 9: Das Urteil im Rodney-King-Prozeß warf ein Schlaglicht auf die rassistische Unterdrückung innerhalb dieser kapitalistischen Gesellschaft. Nr. 9 geht auf die Bedeutung der ersten integrierten Revolte von Schwarzen, Latinos und Asiaten ein, 25 Jahre nach den Getto-Aufständen, die Amerika erschütterten.

Preise: Nr. 2 DM 1,50, Nr. 9 DM 1,–
Bestelladresse im Impressum





Spartacist



Flax Hermes

Das Recht auf Selbstverteidigung war die zentrale Frage für radikale Schwarze in den 60er Jahren. Viele waren gegen den Vietnam-Krieg aktiv und solidarisierten sich mit dem Kampf der vietnamesischen Werktätigen gegen den rassistischen US-Imperialismus. Losung auf dem Banner: „FNL/Vietcong haben uns nie Nigger genannt“

Regierung der USA gegen schwarze Demonstranten im ganzen Süden, gegen Afrikaner im Kongo, gegen die Kubanische Revolution und gegen das Volk von Vietnam verübte, wie sollen dann heutzutage Jugendliche verstehen, was die Grube war, in die er fiel? Darüber hinaus zeigt der Film *nie*, daß Malcolms Angriffe auf das Weiße Haus von Kennedy/Johnson von zentraler Bedeutung waren für seinen politischen Standpunkt wie auch für den Anklang, den er bei der Jugend fand, die sich im Kampf für die Schwarzen radikalisierte. Flammende Reden wie „The Ballot or the Bullet“ [Wahlurne oder Kugel] – wo Malcolm aufdeckt, daß die Dixiekraten des Südens Hand in Hand mit den Liberalen des Nordens zusammenarbeiten, und wo er feststellt: „Eine Stimme für einen Demokraten ist eine Stimme für einen Dixiekraten“ – haben keinen Platz in Lees Film. Als Spike Lee über die Ursachen der Unruhen in L.A. gefragt wurde, erklärte er sogar: „Die Regierung der Demokraten hat versucht, den Armen zu helfen, aber Reagan und Bush interessiert das nicht“ (*Libération* [Paris], 5. Mai).

Malcolms Weigerung, sich von Elijah Muhammad zur Kennedy-Ermordung den Mund verbieten zu lassen, und daß er sich zunehmend darüber klar wurde, daß die Nation verantwortlich war für die Morddrohungen, die er und seine Familie bekamen, führten dazu, daß er sich von der Nation of Islam abspaltete. Er gründete seine eigenen Organisationen, die Muslim Mosque, Inc. und die OAAU (Organisation für afro-amerikanische Einheit), und stellte klar, daß er am säkularen politischen Kampf teilnehmen werde. Bei einer Veranstaltung der OAAU im folgenden Jahr las Malcolm laut ein Telegramm vor, das er dem amerikanischen Naziführer George Lincoln Rockwell geschickt hatte:

„Hiermit warne ich Dich, daß ich nicht länger von Elijah Muhammads separatistischer Black-Muslim-Bewegung davon abgehalten werde, gegen die Verfechter der Vorherrschaft der Weißen zu kämpfen, und daß, falls Deine augenblickliche rassistische Agitation gegen unser Volk dort in Alabama Reverend King oder irgendeinem anderen schwarzen Amerikaner Schaden zufügt, die nur versuchen, ihre Rechte als freie Menschen auszuüben, daß dann Du und Deine Kumpane vom Ku Klux Klan auf die größtmögliche physische Vergeltung treffen werdet, durch diejenigen von uns, die sich nicht die Hände binden lassen durch die entwaffnende Philosophie der Gewaltlo-

sigkeit und die daran glauben, unser Recht auf Selbstverteidigung auszuüben – mit allen dazu notwendigen Mitteln.“ (*Malcolm X Speaks* [Malcolm X spricht])

Zurück aus Mekka

Kurz nach seinem Bruch von der Nation of Islam machte Malcolm seine Moslem-Pilgerfahrt nach Mekka. Diese Reise und eine anschließende längere Rundreise durch Afrika überzeugten Malcolm davon, daß es falsch ist, den Kampf gegen Unterdrückung eng begrenzt zu definieren als Kampf von Menschen einer Hautfarbe gegen eine andere. In Spike Lees Film wird dieser fundamentale Bruch mit dem schwarzen Separatismus einfach so dargestellt, als ob Malcolm eingesehen hätte, daß es Moslems unterschiedlichster Hautfarbe gibt und deshalb nicht alle Weißen „Teufel“ sein können und daß wahre „Vergeistigung“ einen Bruderbund der Menschheit schmieden kann. Man könnte annehmen, daß Malcolm drauf und dran war, Arm in Arm mit den Kennedys „We Shall Overcome“ zu singen! Wohl kaum.

Ein eher realistisches Bild dieser Tage bekommt man von den SNCC-Aktivistin John Lewis und Donald Harris, die 1964 in Ghana auf Malcolm trafen und nach Hause schrieben, daß ihnen die Leute erzählten: „Wenn du rechts von Malcolm stehst, dann solltest du sofort anfangen zusammenzupacken, denn keiner wird dir dann noch zuhören... Nach so einem Tag stellten wir fest, daß wir sofort unsere eigenen Positionen zu bestimmten Fragen darlegen mußten, sobald wir neue Leute trafen – zu Kuba, Vietnam, dem Kongo, Rotchina und zu den UN, und was die Rolle, die Richtung und das Engagement des SNCC im Kampf um die Rechte war“ (*Malcolm X Speaks*).

Malcolm schrieb: „Reisen erweitert den Horizont.“ Als er sich mit Kämpfern aus erfolgreichen revolutionären Kriegen gegen den britischen, den französischen und den US-Imperialismus traf, wurde er dazu gebracht, darüber nachzudenken, wie der Kampf gegen rassistische und koloniale Unterdrückung neu zu definieren sei. Nach einem Gespräch mit einem Mann, der dazu beigetragen hatte, die Franzosen aus Algerien zu vertreiben, sagte Malcolm:

„Er war ein Afrikaner, aber er war Algerier und allem Anschein nach ein Weißer. Und er sagte, wenn ich mein Ziel als den Sieg des schwarzen Nationalismus definiere, was soll dann mit ihm passieren? Wo sollen Revolutionäre in Marokko, Ägypten, Mauretanien bleiben?

Fortgesetzt auf Seite 30

Malcolm X...

Fortsetzung von Seite 29

Dadurch zeigte er mir, wie ich Menschen abstieß, die wahre Revolutionäre waren, entschiedene Kämpfer für den Sturz des Systems der Ausbeutung... Ich mußte über eine Menge Dinge nachdenken und mußte meine Definition von schwarzem Nationalismus neu formulieren... Ich habe den Ausdruck mehrere Monate lang nicht mehr benutzt.“ (*Young-Socialist-Interview, By Any Means Necessary* [Mit welchen Mitteln auch immer])

Aber Malcolms scharfer Weitblick, der ihn nie verließ, wenn es darum ging, die Scheinheiligkeit der amerikanischen bürgerlichen Politik zu durchschauen, trübte sich in Afrika. Es ist fast peinlich, sein Loblied auf die Saudi-Monarchie zu lesen — der letzte Staat auf dem Planeten, in dem Sklaverei für Schwarzafrikaner und Frauen legal praktiziert wird! Und er hatte riesige Illusionen in die Vereinten Nationen (eine Räuberhöhle von Dieben und ihren Opfern) als eine angeblich unabhängige und moralische Institution.

So schmiedete Malcolm Pläne, bei der UNO Klage gegen die Vereinigten Staaten zu erheben wegen ihrer schrecklichen Verbrechen gegen die 20 Millionen Nachfahren der Afrikaner, die in Fesseln an Amerikas Küsten gebracht worden waren. Obwohl sich die Zusammensetzung der UNO mit der Zulassung einer Reihe von ehemaligen schwarzafrikanischen Kolonien veränderte, war selbst damals die UNO Komplize bei der Ermordung von Patrice Lumumba, dem radikal-nationalistischen kongolesischen Führer. Und Malcolm war letztendlich blind gegenüber dem Charakter der afrikanischen Regime, die von sogenannter „Nicht-Paktgebundenheit“ und sogar von „Sozialismus“ redeten, während sie die Arbeiter und Bauern ausbeuteten und unterdrückten. Jetzt, nachdem 100 000 Iraker von den Amerikanern abgeschlachtet wurden und ihr Land zerstört ist (durchgeführt unter der „neutralen“ UNO-Flagge mit aktiver Unterstützung von afrikanischen und arabischen Staaten), ist eine solche Perspektive grotesk.

Das Erbe von Malcolm X

Malcolm X beginnt mit einer machtvollen Abfolge von Bildern — die grauenvollen und berüchtigten Video-Aufnahmen von Polizisten, die Rodney King zusammenschla-



Am 4. Dezember 1964 nannte der sinistere schwarze Nationalist Louis Farrakhan in der Zeitung *Muhammad Speaks* Malcolm X einen „Verräter“ und wollte seinen Kopf rollen sehen. Der Mordaufruf lautete: „Nur diejenigen, die zur Hölle geleitet werden wollen oder zu ihrer Verdammnis, werden Malcolm folgen. Der Tod ist beschlossen, und Malcolm soll nicht entkommen... Ein solcher Mann wie Malcolm ist des Todes wert, und wäre dem

UPI

Tod begegnet, gäbe es nicht Muhammads Vertrauen in Allah, über die Feinde zu siegen.“

gen, gehen über in die Aufnahme einer riesigen amerikanischen Flagge, die Feuer fängt und zu einem gewaltigen „X“ zusammenschmilzt. Es ist ein Versprechen, daß der Film etwas über die massiven Probleme zu sagen hat, die auf der schwarzen Bevölkerung Amerikas heute lasten. Das Versprechen wird nicht eingelöst. Durch seine Auslassungen beschönigt dieser Film *ganz bewußt* die Rolle von einigen der übelsten Feinde der Rechte von Schwarzen. Malcolms größte Stärke wird dadurch pervertiert — seine Fähigkeit zu sehen, daß das politische Zweiparteien-System in Amerika nur ein Schwindel ist.

Dieser Film zeigt, daß sowohl das FBI wie auch die Nation of Islam danach trachteten, Malcolm zu töten. Trotzdem hat Al Sharpton, nach eigenem Eingeständnis ein FBI-Spitzel, der mit einem Mikro am Körper für die Bundespolizei andere schwarze Aktivisten ausspionierte, eine Nebenrolle bekommen! Daß Spike Lee sich solch ein Manöver leisten kann, spricht Bände über das Ausbleiben von Kämpfen und über das niedrige Niveau des heutigen politischen Bewußtseins. Vor zwanzig Jahren hätten die Zuschauer das Kino verlassen oder den fetten Spitzel beworfen, kaum daß er auf der großen Leinwand erschienen wäre!

Was die Verwicklungen der Nation of Islam angeht, so zeigt *Malcolm X* ganz deutlich, daß Elijah Muhammad und seine ihm treu ergebenen Anhänger Malcolm ein für alle Mal tot sehen wollten. Aber die finstere Gestalt, die Malcolm als Prediger im Tempel Sieben in Harlem ersetzte und für die Nation of Islam eine brutale Haßkampagne gegen Malcolm X inszenierte, ist immer noch aktiv. Er ist jetzt der Chef der Nation of Islam. Sein Name ist Louis Farrakhan. Noch vor Beginn der Filmarbeiten machte Spike Lee mit Farrakhan ein Interview und konfrontierte ihn mit den erdrückenden Beweisen — den Todesdrohungen gegen Malcolm X —, die Farrakhan selber in *Muhammad Speaks* [Muhammad spricht] von sich gegeben hat und die dort nachzulesen sind. Aber als die Kameras loslegten, gab er klein bei, und Farrakhan wird in diesem Film nicht erwähnt.

Wie der schwarze Historiker Clayborne Carson schrieb: „Einige Zuschauer könnten in Farrakhan sogar einen Malcolm unserer Tage sehen“ (*San Francisco Examiner*, 22. November 1992). Carson stellt auch fest:

„Indem Lee den politischen Malcolm zugunsten dessen persönlicher Geschichte ignoriert, macht er es für Zuschauer schwierig zu verstehen, warum die Überwachung von Malcolm durch FBI und CIA mehr zu- als abnahm, nachdem er die gegen die Weißen gerichtete Lehre von Elijah Muhammad aufgegeben hatte. Während seines letzten Jahres wurde Malcolm von diesen Diensten für eine große Gefahr gehalten, weil seine Talente nicht länger eingegrenzt waren auf einen kleinen, unpolitischen religiösen Kult.“

Malcolm X war eine außergewöhnlich mitreißende Erscheinung, und jeder möchte ein Stück von ihm haben — in der Tat beanspruchten die unterschiedlichsten politischen Tendenzen diesen bemerkenswerten Mann als den „ihren“ und behaupten, daß er sich zum Zeitpunkt seines Todes unaufhaltsam auf ihre eigenen politischen Positionen zubewegt hätte. Clayborne Carsons eigener Einschätzung nach sei Malcolm auf dem Weg zur Wiederversöhnung mit M.L. King und der „Gewaltlosigkeit“ gewesen. Aber das Leben dieses eindrucksvollen Mannes wurde tragischerweise vorzeitig beendet. Dies raubte ihm die Chance, sich politisch zu entwickeln — in welche Richtung, wissen wir nicht. Wie wir in unserem Nachruf 1965 geschrieben haben (*Spartacist*, englische Ausgabe Nr. 4, Mai/Juni 1965):

„Er war aus dem Stoff, aus dem Massenführer gemacht sind. Er begann sein öffentliches Leben im Kontext der apolitischen, irrationalen Religiosität und des Rassenmystizismus der Muslim-Bewegung, sein Bruch in Rich-

tung politischen Bewußtseins und Rationalität war langsam, schmerzhaft und schrecklich unvollständig. Es ist sinnlos, darüber zu spekulieren, wie weit das gegangen wäre, hätte er weiter gelebt... Auf jeden Fall hatte er zur Zeit seines Todes noch kein klares, ausdrückliches und rationales soziales Programm entwickelt. Auch hatte er nicht seine Anhänger in der Art von Übergangskämpfen geführt, die für die Schaffung einer erfolgreichen Massenbewegung notwendig sind.“

Dennoch machen Malcolms unerschütterliche Verpflichtung zur Wahrheit und seine kompromißlose Opposition zum rassistischen Amerika ihn zu einem Helden auch für Marxisten wie uns, für die der Kampf für die Befreiung der Schwarzen eine strategische Rolle spielt bei einer Arbeiterrevolution gegen das ganze schreckliche und irrationale Profitsystem.

Als die Stimme des wütenden schwarzen Gettos wußte Malcolm X, daß die sich auf den Süden stützende Bürgerrechtsbewegung für *formale* Gleichheit im kapitalistischen Amerika keine Freiheit für die Schwarzen erreichen konnte. Kein neues Bürgerrechtsgesetz konnte auch nur im Ansatz die systematische rassistische Diskriminierung und die entmenslichenden Bedingungen verändern, unter denen die schwarze Bevölkerung in den großen Gettos des Nordens wie Detroit, Roxbury und Harlem zu leiden gezwungen war – wo Schwarze natürlich vor dem Gesetz „gleich“ waren.

Der Hagel von Gummiknüppel-Schlägen, mit dem Polizisten einen Schwarzen namens Rodney King eindeckten, und der empörende Freispruch für seine Peiniger haben eine Menge Menschen zur Einsicht gebracht, daß mit dieser Gesellschaft etwas *grundlegend* falsch ist, was mit keinerlei schrittweisen Reformen verändert werden kann. Es war ganz klar eine rassistische Greuelthat. Und der wütende Massenaufstand dagegen war plebejisch und getragen von Menschen *unterschiedlicher Hautfarbe*. Als im ganzen Land junge Leute auf die Straße gingen, wurden sie von schwarzen Bürgermeistern auseinandergedrängt, die ihre Bekenntnisse zur „gewaltlosen“ Bürgerrechtsbewegung in der einen Hand hielten und brutale Polizeiangriffe mit der anderen anordneten. Eine der letzten Reden von Malcolm X stellt sich als besonders weitsichtig heraus:

„1963 war eines ihrer Mittel, um bei den Frustrierten Dampf abzulassen, der Marsch auf Washington... 1964, was war es da? Das Bürgerrechtsgesetz... Was werden sie uns 1965 geben? Ich habe gerade von einem Plan gelesen, einen Schwarzen zum Minister zu machen. Ja-wohl, sie haben jedes Jahr einen neuen Trick auf Lager. Sie werden einen von ihren Jungs, von den schwarzen Jungs, nehmen und ihn ins Kabinett stecken, damit er durch Washington laufen kann mit einer Zigarre – Feuer am einen Ende, und Narr am anderen.“ („Prospects for Freedom in 1965“ [Aussichten auf Freiheit 1965], *Malcolm X Speaks*)

Befreiung der Schwarzen durch sozialistische Revolution

Die Bedingungen für schwarze Jugendliche sind heute in Amerika viel *schlimmer* als zur Zeit von Malcolm. Die Getto-Jugend wird von der herrschenden Klasse als „Überschuß“-Bevölkerung angesehen. Für sie gibt es keine Jobs, und deshalb ist es auch nicht nötig, sie auszubilden. In diesem Land sind im letzten Jahrzehnt rund zwei Millionen Arbeitsplätze in der Industrie verschwunden, und das Realeinkommen von schwarzen arbeitenden Eltern unter 30 Jahren wurde zwischen 1973 und 1990 um drastische 48 Prozent gesenkt. Aber während die armen Schwarzen unter den Verwüstungen litten, entstand eine Schicht von schwarzen Yuppies, die aus den Gettos wegzogen. Im Augenblick



Workers Vanguard

Washington, D.C.: Mobilisierung von Arbeitern/Schwarzen, initiiert von der Spartacist League/U.S., stoppte am 27. November 1982 den KKK

haben die 20 Prozent der schwarzen Familien mit dem höchsten Einkommen beinahe die *Hälfte* allen Einkommens der Schwarzen – ein Ausmaß von Ungleichheit, das *größer* ist als bei Weißen.

Schon diese Tatsachen allein bringen den schwarzen nationalistischen Mythos von gemeinsamen Interessen aller Schwarzen zum Platzen. Mit den erheblich schlimmeren allgemeinen Lebensbedingungen für Schwarze ist das Bewußtsein gewachsen – von weißen Arbeitern bei Caterpillar im Mittleren Westen über Latinos in L.A. bis zu schwarzen Jugendlichen in Harlem –, daß die grundlegenden Gegensätze in diesem Land nicht zwischen Weiß und Schwarz liegen, sondern zwischen Besitzenden und Mittellosen. Und trotz der Ausplünderung und Entindustrialisierung von Amerika durch die kapitalistische Klasse spielen schwarze Arbeiter immer noch eine strategische Rolle in der amerikanischen Wirtschaft und in der organisierten Arbeiterbewegung. Alle grundlegenden Arbeiten, die die amerikanische Gesellschaft am Laufen halten – Busfahrer, Krankenhauspersonal, U-Bahn-Wartungspersonal, Müllabfuhr, Hafearbeiter, Postboten –, werden überproportional durch Schwarze ausgeführt. Und darin liegt ihre ungeheure potentielle Macht, als *schwarze Arbeiter*, als Teil einer integrierten Arbeiterklasse, die alle Unterdrückten anführt. Wie wir zur Zeit der Unruhen in Los Angeles geschrieben haben („L.A. Upheaval Shakes America“ [Unruhen in L.A. erschüttern Amerika], *WV* Nr. 551, 15. Mai 1992):

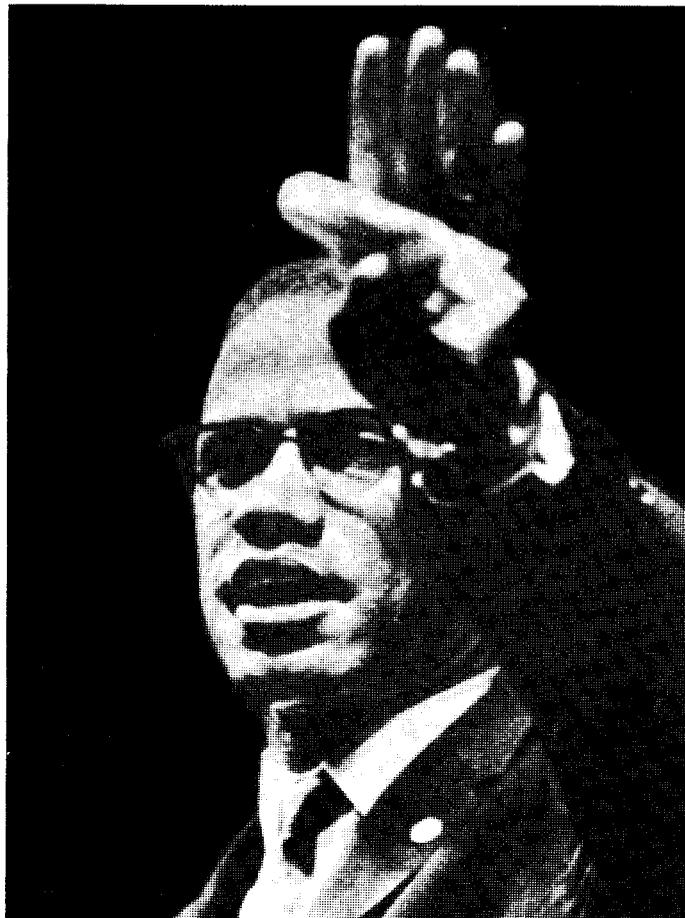
„Diese schwarzen Proletarier können als Brücke dienen zwischen den Armen im Getto und der organisierten Arbeiterbewegung. Die Bedingungen in diesem Land sind überreif für eine gewaltige soziale Explosion, die sich von den Gettos und hispanischen Barrios zu den weißen Facharbeitern erstreckt, von denen viele nur eine Lohnzahlung entfernt sind von Bankrott und Obdachlosigkeit... Entscheidend für das Ergebnis wird der Aufbau einer multirassistischen kommunistischen Avantgardepartei sein wie die, die Lenin und die Bolschewiki im zaristischen Rußland, dem ‚Völkergefängnis‘, aufgebaut haben, die die multinationale Arbeiterklasse zu einer erfolgreichen Erhebung gegen die kapitalistische Ordnung geführt hat.“

Übersetzt aus Workers Vanguard
Nr. 564, 27. November 1992

SPARTAKIST

Malcolm X Was der Film von Spike Lee nicht zeigt

Filmbesprechung



Gordon Parks

Ein biographischer Film über Malcolm X ist seit über 20 Jahren im Entstehen, ein Projekt, das so kontrovers ist wie der Mann selbst. Jetzt hat es Spike Lee schließlich groß auf die Leinwand gebracht. Die Jugendlichen der Innenstädte, ausgehungert nach schwarzer Führung, finden in Malcolm X eine Legende, die sich weigerte, sich der rassistischen weißen herrschenden Klasse zu unterwerfen; sie stürzen sich auf die Bücher und führen eine Alphabetisierungskampagne mit einem motivierenden Ansporn durch, von dem Schulbibliothekare nie zu träumen wagten. Allein in diesem Jahr sind über eine Million Exemplare der *Autobiographie von Malcolm X* verkauft worden – zehnmal so viel wie Mitte der 60er Jahre, als sie zum ersten Mal veröffentlicht wurde. Es ist eine verdammt gute Sache, daß Jugendliche Malcolm X in seinen eigenen Worten lesen, denn trotz grandioser Sprache und lebenssprühender Farben ist Lees *Malcolm X* geschichtlich ein weißer Fleck auf der Leinwand – die Massenkämpfe für die Rechte der Schwarzen fehlen im Film.

Es ist schon eine Sache, in dieser rassistischen Gesellschaft einen Film zu drehen, der einem schwarzen Kämpfer die Menschlichkeit zurückgibt, den die gesamte Struktur der Mächtigen fürchtete, haßte und dämonisierte. Doch Lees Verehrung für Malcolm X wird zur 70-Millimeter-Mythologie. Abgetrennt von den aufbrechenden politischen Kämpfen jener Zeit, die ihn formten und die den Hintergrund bildeten, vor dem er als Sprecher des schwarzen Amerika auftrat, der kompromißlos die Wahrheit sagte, ist Lees Malcolm nur ein klischeehafter Messias. Die innenpo-

litischen und internationalen Schlachten, die dieses Land zerrissen und eine ganze Generation von Jugendlichen politisierten, schwarze ebenso wie weiße – die Kubanische Revolution, die kolonialen Aufstände in Asien und Afrika, Vietnam, die Bürgerrechtsbewegung – kommen in diesem Film *nirgendwo* vor.

Als die Stimme für die Selbstverteidigung der Schwarzen spielte Malcolm X nicht nach den Regeln der bürgerlichen Politik. Er nannte Namen und brandmarkte Martin Luther King Junior, Bayard Rustin u. a. als die „Onkel Toms“, die den unterdrückten schwarzen Massen raten, angesichts der mörderischen rassistischen Angriffe der Dixiekraten „die andere Wange hinzuhalten“. Und er sah deutlich die Heuchelei der weißen liberalen Demokraten des Nordens wie John und Robert Kennedy, die den Schwarzen „zu Hilfe kamen“, indem sie das FBI und die Bundespolizisten hinschickten ... um die Kämpfe zu unterdrücken. Im Film gibt es keinen Konflikt zwischen schwarzen Radikalen und „angesehenen“ schwarzen Führern, niemand wird beim Namen genannt. Doch gerade Malcolms scharfe Opposition gegen das gesamte liberale politische Firmament machte ihn zur Stimme des wütenden schwarzen Gettos und gab ihm schließlich die Anziehungskraft auf die Massen und seine Bedeutung in der Geschichte.

Lees Malcolm X ist aus jedem gesellschaftlichen Zusammenhang gerissen und spielt wie ein für die 90er Jahre zurechtgemachter „Booker T.“ [Booker T. Washington, erster schwarzer Kapitalist, Ende des 19. Jahrhunderts]. Der

Fortgesetzt auf Seite 26